

# Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.  
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich  
ohne Postgebühren 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.  
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart  
31. Januar 1910

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit  
sind zu richten an Frau Clara Zetkin (Zundel), Wilhelmstraße,  
Post-Begeerich bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich  
in Stuttgart, Gurtbach-Straße 12.

## Inhaltsverzeichnis.

Zur Frauenkonferenz. I. Von Käthe Duncker II. Von Helene Grünberg. — Vom Haushalt der Arbeiterfamilien. II. Von Gh. — Deutschland im Jahre 1909. II. Von H. B. — Die Frauenrechtsforderungen im Einigungsprogramm der Linkenliberalen. — Bürgerliche und proletarische Mitleidsmoral. Von Otto Albrecht. — Das Nachspiel des Mansfelder Bergarbeiterstreiks vor dem Gericht. Von ed. — Vom Kampf der New Yorker Blusenmacherinnen. Von ed.  
Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Das politische Erwachen der Frauen im Mansfelder Bergrevier. — Jahresbericht der sozialdemokratischen Frauenorganisation in Offenbach. — Von der Dresdener Kinderschulskommission. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Zur Tarifbewegung in der Holzindustrie. — Tarifbewegung des Verbandes der Buch- und Steinbruckerhilfsarbeiter und -arbeiterinnen. Von Bert.  
Notizen: Dienstbotenfrage. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenstimmrecht. — Die Frau in öffentlichen Ämtern. — Verschiedenes.

## Zur Frauenkonferenz.

### I.

Daß überhaupt die Frage aufgerollt wird, ob in diesem Jahre eine Frauenkonferenz stattfinden soll oder nicht, wird viele, wenn nicht die meisten Genossinnen überraschen. Der Brauch, alle zwei Jahre dem Parteitag eine solche Konferenz vorangehen zu lassen, hat sich seit einem Jahrzehnt eingebürgert und ist so gewissermaßen ein Faktor geworden, mit dem man ohne weiteres rechnet. Nun führt zwar der Leitartikel in Nr. 8 der „Gleichheit“ aus, daß die bisherige Gepflogenheit allein noch kein Grund sei, ihr auch dieses Jahr zu folgen. Daß mag ja gewiß richtig sein. Besser wäre es aber meines Erachtens, die allzweijährlichen Frauenkonferenzen gehörten nachgerade genau so gut zum „eisernen Bestand“ der Partei wie die alljährlichen Parteitage. Gehen wir einmal von diesem Brauch ab, dann werden sich sofort die Stimmen derer mehr, die die Frauenkonferenzen — ohne Berücksichtigung ihrer besonderen Aufgaben und der durch sie bewirkten Entlastung der Parteitage — in das Reich der berühmten Extrawurst verweisen möchten. Außerdem ist in verschiedenen Parteiorten bei den Vereinbarungen über „weibliche Delegationen“ von vornherein mit dem zweijährigen Turnus der Frauenkonferenzen gerechnet worden.

Neben diesen rein äußerlichen Gründen sprechen aber auch wichtige sachliche für die Abhaltung einer Frauenkonferenz. Wie steht es zum Beispiel mit dem Arbeitsfeld dieser Konferenzen? Hat es sich nicht von einem Male zum anderen so vergrößert, daß aus der eintägigen Tagung eine anderthalb- und zweitägige geworden ist? Sind wir nicht in Nürnberg nur dadurch mit der Tagesordnung fertig geworden, daß wir die Diskussionen aufs äußerste beschränkt haben? Wie wollten wir erst die Arbeit bewältigen nach einer dreijährigen Pause? All das, was auf der nächsten Frauenkonferenz erörtert werden sollte, nochmals aufzuzählen, erscheint nach der ausführlichen Besprechung in der vorigen Nummer überflüssig. Nur einen

Wunsch möchte ich aussprechen: Die Tagesordnung möge nicht wieder so sehr überlastet werden, daß die Diskussion gar nicht zur Geltung kommen kann; statt der zahlreichen langen, prinzipiellen Referate, die sonst fast ausschließlich die Tagung ausgefüllt haben, möge einmal die Praxis erörtert und diskutiert werden. Nicht als ob ich den Wert jener Referate unterschätze — sie waren sehr notwendig, um zunächst einmal Anregungen zu geben und die Richtlinien für unsere Tätigkeit festzulegen. Aber nun sollte einmal geprüft werden, was auf Grund jener Baupläne an praktischer Arbeit geleistet worden ist. Ich will dies an einem Beispiel erläutern. 1904 ist ein Referat über Kinderschutz gehalten worden. Eine ganze Reihe von Resolutionen haben es seither den Genossinnen zur Pflicht gemacht, an der Durchführung des Kinderschutzes mitzuarbeiten. Was ist bisher auf diesem Gebiet geschehen? In etwa einem halben Duzend Großstädten sind Kinderschulkommissionen gegründet worden, von denen einzelne gewiß recht Anerkennungswertes geleistet haben. Aber das ist doch erst ein Tropfen auf einen heißen Stein! Auch in allen anderen größeren Parteiorten müßte die Gründung solcher Kommissionen in die Wege geleitet werden. Zu diesem Zwecke sollten Genossinnen aus den Orten, wo Kinderschulkommissionen bestehen, kurz über Entstehung, Einrichtung und bisherige Leistungen dieser Veranstaltungen Bericht erstatten, um so den Genossinnen anderwärts praktisch den Weg zu ähnlicher Arbeit zu weisen. Dasselbe gilt auch von anderen Institutionen, die sich die Genossinnen bisher geschaffen haben, so von den Arbeiterinnenbeschwerdekommissionen, von den Diskussions- und Leseabenden usw. Mit einem Worte: die nächste Frauenkonferenz möge einmal der gründlichen Diskussion der „praktischen Arbeit“ gewidmet werden.

Jedenfalls aber sollten allenthalben die Genossinnen schleunigst Besprechungen darüber veranstalten, ob dies Jahr eine Frauenkonferenz stattfinden soll und womit sie sich hauptsächlich zu beschäftigen hat. An der Entscheidung über Einberufung und Tagesordnung derartiger Konferenzen mitzuwirken, haben alle Genossinnen das Recht und die Pflicht. Dafür sind wir eine demokratische Partei.

Käthe Duncker.

### II.

Sind Frauenkonferenzen noch notwendig, nachdem das Vereinsgesetz die Schranken weggeräumt hat, die uns bis dahin künstlich von der Parteiorganisation trennten? Diese Frage kann wohl von allen tätigen Genossinnen kurzerhand bejaht werden. Die Parteitage, die mit den vielerlei Tagesaufgaben der Sozialdemokratie und mit Fragen der allgemeinen Theorie und Taktik mehr als ausgefüllt sind, werden kaum Zeit haben, eingehend die verschiedenen Seiten der Frauenfrage zu erörtern, die für die Interessen der Proletarierinnen und damit für die Arbeit der Genossinnen in Betracht kommen. Die Behauptung: für uns gibt es keine Frauenfrage, weil die Frauen in der Partei gleichberechtigt sind, besagt nichts dagegen, sie wird für jeden Einsichtigen zur Redensart, sobald wir die Lebensverhältnisse des weiblichen Proletariats, die soziale Stellung des weiblichen Geschlechts überhaupt untersuchen. Nur ein Beispiel: Während die Männer — sofern nicht Beschränkungen zugunsten des Weibchens vorliegen — das Wahlrecht zu allen Volksvertretungen, zu allen öffentlichen Körper-

schaften haben, sind die Frauen ihrem Bürgerrecht nach noch immer Waisenkinder. Bekämen sie aber über Nacht das Wahlrecht, so würden es sehr viele dank ihrer Unwissenheit in der ersten Zeit nicht zum Wohle der arbeitenden Massen ausüben. Wie die Genossinnen die Aufgabe haben, in den ersten Reihen des Kampfes für die volle politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts zu stehen, so sind sie auch verpflichtet, durch intensive Agitation und Kleinarbeit die Frauen für den richtigen Gebrauch des Wahlrechts zu erziehen, mit anderen Worten, sie der Sozialdemokratie, der Arbeiterbewegung zuzuführen.

Auf der Frauenkonferenz, die in diesem Jahre stattzufinden hat, müßte besonders die Frage der Mitarbeit der Genossinnen an allen Aufgaben, auch in der Verwaltung und auf Vertrauensposten erörtert und zur Regelung vorbereitet werden. Es schlummern in den Frauen viele Kräfte, die nur der Gelegenheit zur Betätigung warten, um sich zum Nutzen der Partei zu entfalten. Wenn die Genossinnen bestimmte Arbeiten zugewiesen erhalten, so werden sie diese ebenso umsichtig und gewissenhaft erledigen wie die Männer. In allen Städten dürfte die Mitarbeit der Genossinnen auf den verschiedenen Tätigkeitsfeldern der Partei geregelt sein. Die Wahlen zu den einzelnen Posten vollziehen sich glatt. Es werden auch Frauen mit in den Verwaltungs- und Arbeitsapparat hineingewählt, doch dürfte ihre Zahl alles in allem keine besonders große sein, sondern wird im Verhältnis zu derjenigen der weiblichen Mitglieder stehen. Die Zahl der Genossinnen, die zur Mitarbeit herangezogen werden, muß aber dem vorliegenden großen Arbeitsfeld unter dem weiblichen Proletariat entsprechend eine große sein, wenn systematisch gearbeitet werden soll, wenn wir schnell vorwärts kommen wollen. Aufgabe der Frauenkonferenz wäre es mit, nach eingehender Prüfung der Sachlage dem Parteitag einen Antrag über die Regelung der Mitarbeit der Genossinnen zu unterbreiten. Die Wahl eines weiblichen Vorstandsmitglieds allein genügt noch nicht, um die höchste Betätigung der Genossinnen zur Aufklärung und Organisierung der Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen zu sichern. Dem weiblichen Vorstandsmitglied müssen zahlreiche Helferinnen zur Seite gestellt werden, damit praktisch mit Erfolg gearbeitet werden kann. Die Helferinnen bedürfen besonderer Schulung, die ihnen die Lesende angeeignet lassen müßten. Auf diese Weise würden wir tüchtige Kräfte erhalten, die der Arbeiterbewegung, der Sozialdemokratie beträchtlichen Nutzen brächten. Wenn gesagt wird, man solle die Regelung der systematischen Mitarbeit der Genossinnen den einzelnen örtlichen Parteiorganisationen überlassen, so tritt ein vages Belieben an Stelle einer festen Verpflichtung, und die Folge davon? — es bleibt beim alten. Also Erörterung dieser Frage auf einer diesjährigen Frauenkonferenz.

Vielleicht wird der Forderung einer Frauenkonferenz entgegengehalten: Warum soll die Partei besondere Tagungen der Genossinnen abhalten? Die Gewerkschaften kennen solche ja auch nicht. Darauf ist wohl mit Zug und Recht zu antworten: Das hat sich auch schon als Mißstand sehr fühlbar gemacht. Wenig Frauen beteiligen sich leider an den gewerkschaftlichen Tagungen, und innerhalb der einzelnen Gewerkschaften gibt es wenig weibliche Mitglieder, die für die eigene Organisation agitieren können. Und doch sind auch unter den organisierten Arbeiterinnen viele Kräfte vorhanden, die dem Dienste der Arbeiterbewegung nutzbar gemacht werden könnten. Es fehlt aber an ihrer Heranziehung und Ausbildung. Vielleicht nimmt die Generalkommission diese Sache in die Hand. Die enorme Zunahme der Frauenarbeit und die niedrigen Löhne der Arbeiterinnen (laut Statistik der Ortskrankenkassen haben zum Beispiel in München 75 Prozent der Arbeiterinnen einen Wochenlohn unter 10 M.) wirken der mühseligen Arbeit unserer Gewerkschaften entgegen, wenn die weiblichen Arbeiter nicht in stark steigendem Maße ihrer Berufsorganisation zugeführt werden. Praktische Gesichtspunkte werden sicherlich künftig dazu zwingen, zu der Frage gewerkschaftlicher Arbeiterinnenkonferenzen Stellung zu nehmen. Auch für die Gewerkschaften ist die Heranziehung und Schulung tüchtiger weiblicher Kräfte ein brennendes Bedürfnis geworden.

Die in diesem Jahre nötige Frauenkonferenz wird ja nicht allein die in vorstehendem hervorgehobene Frage zu behandeln haben. Es warten ihrer noch viele andere Gegenstände der Beratung, die kaum minder wichtig sind. Da ich aber annehme, daß noch mehr Genossinnen zur Frauenkonferenz das Wort nehmen werden, so begnüge ich mich damit, die eine der Fragen zu präzisieren, auf die eine baldige Antwort dringend notwendig ist: „Was muß geschehen, damit die Genossinnen in umfangreichster Weise zur Mitarbeit in der Partei herangezogen und für diese Arbeit geschult werden?“ Diese Frage gehört unbedingt auf die Tagesordnung der Frauenkonferenz, die hoffentlich vor dem diesjährigen Parteitag zusammentritt.

Helene Grünberg.

## Vom Haushalt der Arbeiterfamilien.

### II.

gh. Der wichtigere Teil der Schrift über die 320 Haushaltungsrechnungen von Metallarbeitern ist naturgemäß der, welcher die Ausgaben der Familien schildert. In den 320 Familien zusammen kamen durchschnittlich auf jede Familie für

	Mk.	In Prozent
Nahrungs- und Genußmittel . . . . .	975,42	53,44
Miete und Steuern . . . . .	264,09	14,47
Kleidung . . . . .	235,11	12,88
Vor- und Fürsorge . . . . .	109,79	6,01
Heizung und Beleuchtung . . . . .	77,73	4,26
Sonstiges . . . . .	71,26	3,90
Bildung, Unterhaltung . . . . .	37,79	2,07
Fahrgelder, Schulbedarf . . . . .	29,90	1,64
Gesundheits- und Körperpflege . . . . .	24,19	1,33

Zum Vergleich diene die folgende Zusammenstellung. Die durchschnittliche Jahresausgabe beträgt pro Kopf in den Familien mit einem Jahreseinkommen:

Für	in Mark				
	unter 1200 Mk.	1200 bis 1600 Mk.	1600 bis 2000 Mk.	2000 bis 2500 Mk.	über 2500 Mk.
Fleisch, Wurst, Fische . . . . .	56,09	55,50	65,28	75,20	71,94
Brot . . . . .	41,62	43,33	45,58	46,35	46,88
Butter, Käse, Fette, Oel, Margarine . . . . .	35,89	31,80	34,66	36,93	31,93
Bier, Wein, sonstige Getränke . . . . .	20,50	20,89	23,20	29,36	28,19
Milch, Kindernahrung . . . . .	17,10	19,61	23,04	26,68	20,01
Hülsenfrüchte, Suppeneinlagen und Gemüse . . . . .	9,46	9,61	10,39	12,10	8,93
Kartoffeln . . . . .	9,26	9,31	9,07	8,93	7,54
Kaffee, Tee, Kakao . . . . .	7,46	8,01	8,39	9,18	8,15
Eier . . . . .	6,32	5,85	7,16	9,24	8,08
Zigarren, Tabak . . . . .	6,18	5,23	4,75	6,10	4,37
Zucker . . . . .	6,07	5,45	6,43	6,53	5,43
Mehl . . . . .	5,53	5,12	5,51	5,29	5,38
Obst, Eingemachtes . . . . .	3,46	4,11	5,95	7,23	5,00
Gewürze . . . . .	1,68	2,23	2,30	2,38	2,23

Wir haben hier die Ausgaben nach ihrer Größe in den Familien mit einem Einkommen unter 1200 Mk. geordnet. In den anderen Familien wäre die Reihenfolge der Ausgaben nach der Größe derselben etwas anders. Jedoch sind die Abweichungen nicht groß.

Überall ist die Ausgabe für Fleisch, Wurst und Fische die größte. Auch scheint sie im allgemeinen mit dem höheren Einkommen größer zu werden. Das beweist, daß die Familien mit geringerem Einkommen nicht so viel Fleisch, Wurst und Fische kaufen können, wie sie eigentlich brauchen. Ebenso verhält es sich mit den Ausgaben für Brot, Milch, Kaffee, Tee, Kakao, Eier und Obst. Dagegen scheint der Verbrauch von Kartoffeln in den Familien mit höherem Einkommen etwas geringer zu werden. Kartoffeln werden eben dort im Übermaß gegessen, wo die kräftigeren Nahrungsmittel wegen ihres zu hohen Preises nicht genügend beschafft werden können. Die Ausgaben für Butter, Käse, Fette, Oel, Margarine sowie für Hülsenfrüchte usw., Zucker und Gewürze sind schwankend.

Die Marineverwaltung hat die Menge der wichtigsten Nahrungsmittel zusammengestellt, die zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit ihrer Mannschaft unbedingt nötig sei. Damit vergleichen wir den Durchschnittsverbrauch der 320 Familien. Der Verbrauch stellt sich pro Tag und Kopf unter anderem:

an Mehl:	37,0 Gramm	in den Familien,
	71	bei der Marine,
an Brot:	438,5	in den Familien,
	750	bei der Marine,
an Zucker:	34,6	in den Familien,
	49	bei der Marine,
an Kartoffeln:	353,3	in den Familien,
	430	bei der Marine.

Wenn schon bei diesen Nahrungsmitteln ein solcher Unterschied besteht, wie groß wird der Unterschied erst bei Fleisch, Wurst, Eiern usw. sein!

Endlich sei das angeführt, was eine Arbeiterfrau schreibt, die das ganze Jahr hindurch in sorgfältiger Weise das Haushaltungsbuch geführt hat, die Frau eines Schmiedes in Charlottenburg:

„... Zu unserer Lebenshaltung muß ich Ihnen noch mitteilen, daß wir uns sehr einschränken mußten, um, wie man sagt, sich über Wasser halten zu können. In der Haushaltung habe ich mir geholfen, wie es ging. So habe ich viel Knochenfleisch verbraucht, vereinzelt ist auch Pferdefleisch gegessen worden;... An Wurstwaren haben wir meistens die zweite Qualität verwendet, teilweise hat aber der Belag aufs Brot überhaupt gefehlt. Im letzten Quartal ist den Verhältnissen entsprechend viel Milch gekauft worden. Diese wurde für die Kinder zu Suppen verwendet. ... Unter den Kindern ist ein lungenkrankes. Da es unsere Mittel nicht erlauben, konnte ich ihm nicht die nötige Pflege zuteil werden lassen.

Zur Kleidung muß ich bemerken, daß ich sämtliche Wäsche und Unterkleidung selbst angefertigt habe. Kinderkleider und Anzüge habe ich meist aus alten Sachen gemacht. Geistige Getränke sind im ersten Quartal wenig, im zweiten noch weniger und in der übrigen Zeit gar nicht gekauft.

Die Feuerung habe ich billig erstanden, und habe ich zum meisten Teil Kotsasche verbrannt. Diese kostet das Hektoliter 20 Pf. ...“

Und trotz alledem bleibt sogar die Ernährung der am besten gestellten Familien weit hinter dem Notwendigen zurück. Selbst die tüchtigste Familienmutter kann nicht die nötige Nahrung beschaffen. Sie kann nur das Verhungern ihrer Lieben möglichst verlangsamen. Das ist das traurige Ergebnis der Erhebung. — Welch ein Verbrechen ist es daher an der Menschheit und der Menschlichkeit, daß die herrschende, in Überfluß schwelgende Clique der kartellierten Großkapitalisten mit allen Mitteln die Bestrebungen der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen auf Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen bekämpft, ja die Lebenshaltung der Arbeiter durch neue indirekte Steuern noch mehr verschlechtert.

Für Bier, Wein und sonstige Getränke betrug die Jahresausgabe pro Kopf in den Familien mit einer Jahreseinnahme

unter 1200 M. . . . .	20,50 M.
von 1200 bis 1600 M. . . . .	20,89 „
„ 1600 „ 2000 „ . . . . .	23,20 „
„ 2000 „ 2500 „ . . . . .	29,36 „
über 2500 M. . . . .	28,19 „

Nehmen wir den höchsten Satz, 29,36 M., so kommen noch nicht 10 Pf. pro Tag. Mithin ist auch diese Ausgabe nicht besonders groß. Trotzdem muß es das Bestreben der Arbeiterfamilien sein, diese Ausgabe allmählich weiter zu verringern.

Für Zigarren und Tabak stellt sich die Jahresausgabe pro Familie in den Familien mit einer Jahreseinnahme

unter 1200 M. auf . . . . .	17,45 M.
von 1200 bis 1600 M. auf . . . . .	18,65 „
„ 1600 „ 2000 „ . . . . .	17,68 „
„ 2000 „ 2500 „ . . . . .	24,23 „
über 2500 M. auf . . . . .	24,17 „

Hier ergibt der höchste Satz, 24,23 M., also noch nicht 7 Pf. pro Tag. Dabei ist zu berücksichtigen, daß wir selbstverständlich die Ausgabe für die ganze Familie genommen haben. Demnach sind aber auch an dieser Aufwendung die erwachsenen Söhne beteiligt. Unter diesen Umständen ist auch die Ausgabe für Zigarren und Tabak ganz gewiß nicht sehr groß.

Für Kleidung, Neuanschaffung und Reparaturen war die Jahresausgabe pro Kopf in den Familien mit einer Jahreseinnahme

unter 1200 M. . . . .	50,71 M.
von 1200 bis 1600 M. . . . .	47,26 „
„ 1600 „ 2000 „ . . . . .	58,98 „
„ 2000 „ 2500 „ . . . . .	73,50 „
über 2500 M. . . . .	68,97 „

Diese Sätze erscheinen zu groß, weil in ihnen nicht nur alle Anschaffungen für Kleidung, Schuhwerk, Wäsche, Bettzeug und

bergleichen enthalten sind, sondern auch alle Anschaffungen von Hausrat und Haushaltungsgegenständen. Trotzdem sind die Sätze, auch nur für Kleidung und Wäsche genommen, sehr gering.

Endlich sei angeführt die Jahresausgabe für Bildung und Unterhaltung pro Kopf in den Familien mit einer Jahreseinnahme

unter 1200 M. mit . . . . .	6,90 M.
von 1200 bis 1600 M. mit . . . . .	7,17 „
„ 1600 „ 2000 „ . . . . .	9,59 „
„ 2000 „ 2500 „ . . . . .	11,90 „
über 2500 M. mit . . . . .	11,81 „

Hier ist zunächst bezeichnend der geringe Betrag der Aufwendung. Außerdem ist es von Bedeutung, daß gerade diese Ausgabe in den Familien mit größerem Einkommen verhältnismäßig stark anwächst. Die Arbeiter empfinden es eben sehr schwer, daß sie fast ganz von den Segnungen der Kultur, von Wissenschaft und Kunst abgeschnitten sind; und um sich einen Anteil davon zu verschaffen, opfern sie, soviel ihnen nur irgend möglich ist.

Auf die Kosten der Wohnung können wir nicht näher eingehen, da dazu die notwendigsten näheren Angaben fehlen. Es muß der Hinweis genügen, daß Miete und Steuern fast 14 1/2 Prozent der gesamten Ausgaben ausmachen, trotzdem die Arbeiter fast durchweg auf ganz ungenügende Wohnräume angewiesen sind. In diesem Prozentsatz tritt es zutage, daß auch der Bodenwucher die Arbeiter drückt.

## Deutschland im Jahre 1909.

### II.

Das langwierige Hin und Her der Kommissionsverhandlungen über die Reichsfinanzreform steuerte erst kurz vor Pfingsten der Entscheidung zu. Ein heftiger Konflikt zeigte die Sprengung des Blocks an. Die Erbschaftssteuer wurde abgelehnt, und nun rückte die konservativ-kerikale Mehrheit mit den Projekten einer Wertpapiersteuer und einer Wertzuwachssteuer heraus; Steuern, die die Junker im allgemeinen ungeschoren ließen, aber um so kräftiger die Börstaner und die städtischen Hausbesitzer belasteten. Der Freisinn schäumte vor moralischer Entrüstung. Der Abgeordnete Mommsen jammerte, daß solche Steuern an Raub grenzen. Die freisinnige Presse, die gleichmütig über die Belastung des Proletariats durch die neuen indirekten Steuern hinweggesehen hatte, heulte jetzt plötzlich über die ungeredete Besteuerung des — Arbeiters, der — seine Ersparnisse in Wertpapieren angelegt habe! Flugs aber setzte die konservativ-kerikale Koalition der Brüskierung des Liberalismus die Krone auf. Sie mutete der Kommission zu, ohne weiteres über ein ganzes Bündel von Anträgen auf neue indirekte Steuern zu beschließen, als da waren eine Kaffee- und Teezollerhöhung, eine Steuer auf Zündhölzchen, Glühkörper, Parfümerien, Seife, eine Mühlenumsatzsteuer, einen Kohlenausfuhrzoll usw. Da diese Anträge dem Plenum des Reichstags noch gar nicht vorgelegen hatten, verstieß die Beratung in der Kommission zweifellos gegen die Geschäftsordnung — aber auf einen Bruch dieser Ordnung kam es den zu allem entschlossenen Verbündeten nicht an. Und so arbeiteten sie denn gemütsruhig fort und vollendeten ihr Werk, obgleich die Nationalliberalen und Freisinnigen den schärfsten parlamentarischen Protest durch Austritt aus der Kommission einlegten und an der Seite der ebenfalls ausgetretenen Sozialdemokraten in Opposition traten.

Das Schicksal der Finanzreform war nun entschieden. Als der Reichstag nach Pfingsten wieder zusammentrat, ließ die letzte formelle Entscheidung nicht lange auf sich warten. Die konservativ-kerikale Mehrheit zertrampelte zum zweitenmal die Geschäftsordnung: sie beriet sofort in zweiter Lesung ihre Steueranträge, die gar keine erste Lesung im Plenum erlebt hatten. Mit einer saft- und kraftlosen Rede hatte Bülow am 16. Juni vergeblich die Erbschaftssteuer zu retten gesucht, vergeblich hatte er sie zu einer Erbanfallsteuer verkrüppelt, die ganze 55 Millionen bringen sollte. Die Steuer wurde am 25. Juni mit 194

gegen 186 Stimmen so radikal abgelehnt, daß sie nicht einmal mehr in die dritte Lesung gelangte.

Nun duckten sich die verbündeten Regierungen und der Kanzler vor dem Willen der Junker und des Zentrums. Die Reichstagsauflösung war ihnen zu riskant wegen der Sozialdemokratie und auch wohl, weil sie vor einem entschiedenen Konflikt mit den Junkern zurückschrecken, die in der preußischen Verwaltung und im Dreiklassenwahlrecht ihre feste Burg haben. Bülow mußte die Regierungsautorität opfern — die Einreichung seines Abschiedsgesuchs war der letzte schwache Versuch, einen Schein von Würde zu retten. Aber der Kanzler durfte noch nicht gehen — er mußte bleiben, bis das Werk der Junker und des Zentrums vollendet war, mußte bleiben, um wenigstens einige der Steuerprojekte zu beseitigen, welche die besonders einflußreichen Gruppen der Großindustrie und der hohen Finanz getroffen hätten: den Kohlenausfuhrzoll, die Wertpapiersteuer, die Mühlenumsatzsteuer. Die von der Mehrheit ausgelagelten neuen Schröpfungen des Konsums, die die Arbeiterklasse und den Mittelstand belasteten — der Kaffee- und Teezoll, die Streichholz- und die Glühkörpersteuer —, wurden akzeptiert. Lodderig gearbeitete Stempelsteuern, die den Verkehr erschweren, traten an Stelle der Wertpapiersteuer. Es blieb bei den gewaltigen Erhöhungen der Bier-, Tabak- und Branntweinsteuer. Bei der Branntweinsteuer hatte die Koalition natürlich vor allem die Viebesgaben für die Schnapsjunker gesichert. Die angebliche Finanzreform war fertig und erhielt die Zustimmung der Mehrheit. — Das Zentrum übertrumpfte seinen Verrat an der Arbeiterklasse, indem es einen sozialdemokratischen Antrag auf anständige Entschädigung der brotlos gemachten Tabakarbeiter erheblich verschlechterte — insbesondere durch die Begrenzung der Unterstützungssumme auf vier Millionen — und indem es im Bunde mit den Konservativen, Polen und Antisemiten die sozialdemokratischen Anträge auf Unterstützung der anderen geschädigten Arbeiterkategorien rundweg niederstimmte.

Die Liberalen stimmten gegen die so gestalteten Steuervorlagen und riefen nach Reichstagsauflösung. Ernst war es ihnen damit freilich nicht. Sie wußten sehr wohl, daß ihnen ihre Bereitwilligkeit, für die Konsumsteuern zu stimmen, bei den Wählern nicht vergessen werde. Konnten sie sich doch an den fünf Fingern abzählen, daß eine „Reform“, die zu vier Fünfteln aus indirekten Steuern bestand, nicht imstande sein werde, im Volke Begeisterung deshalb zu erwecken, weil sie daneben eine jämmerliche Erbschaftsteuer enthielt, die lumpige 55 Millionen bringen sollte. Die Liberalen waren so in jeder Beziehung die Geprellten, da sie nicht einmal eine gute Agitationsparole retteten. Auch die von vielem Tamtam begleitete Gründung des Hansabundes, der Handel, Groß- und Kleinindustrie und Handwerk, Angestellte und Arbeiter gegen die Agrarier vereinigen sollte, hat ihre Segel nicht zu schwellen vermocht. Es zeigte sich sehr bald, daß dieser Bund mit dem hochtönenden Namen keine Aktionskraft besitzt, da die Interessen seiner verschiedenen Gruppen zu wenig gleichartig sind. Wie schon das Auftreten des Kohlen-gewaltigen Kirdorf in der konstituierenden Versammlung bewies, möchte ihn die Schwerindustrie des Westens gegen die Sozialreform ausnützen, und die Leitung hat es in den Satzungen gegenüber diesem Bestreben nur zu schwächlichen Neutralitätserklärungen gebracht. Wider die Junker hat der Bund nichts zu tun vermocht. Seine einzigen Taten sind die Vergewaltigung von Angestellten, die zum Beitritt gezwungen wurden, und die Bekämpfung der sozialdemokratischen Kandidatur in Halle. Die angebliche Schutzwehr des Bürgertums entwickelt sich zu einer Neuauflage des diskreditierten Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie.

Ebenso wenig verspricht die nationalliberal-freikonservative Gründung des Bauernbundes, der dem Bund der Landwirte das Wasser abgraben sollte. In den Zollfragen ist übrigens diese Organisation des Kleingrundbesitzes ebenso reaktionär und volksfeindlich wie der Bund der Landwirte selber.

Auf dem Gebiet der Sozialreform herrschte fast völliger Stillstand. Die Gewerbeordnungs-Novelle blieb unerledigt; die einzige „positive Leistung“ blieb die durchaus preußische Berg-

gesetz-Novelle. Sie war als Beruhigungsmittel für die Erregung gedacht, die die entsetzliche Radbodkatastrophe hervorrief, und gewährte den Bergleuten statt des von der Zeche unabhängigen Arbeiterkontrolleurs den ihrer Gewalt unterworfenen Sicherheitsmann. Trotzdem hatte sie das Blut der Bergherren im Wallung versetzt, und in einer Geheimkonferenz, deren Protokoll die Arbeiterpresse veröffentlichen konnte, verschworen sich die Hochmögenden, die Novelle durch ihren Einfluß auf die Landtagsabgeordneten und auf die Minister völlig zu „weißer Salbe“ zu machen — als ob sie das nicht schon ohnehin gewesen wäre. Das Protokoll ist ein interessantes Dokument des Herrenbewußtseins und der Arbeiterfeindlichkeit der Unternehmerschaft. Die Bergherren wüteten gegen die Regierung und redeten von den Ministern wie von ihren Untergebenen. So sicher waren sie ihres Einflusses im Staat, daß sie die Frage, ob sie den Handelsminister wegen der Vorlage stützen wollten, rein als Zweckmäßigkeitsfrage behandelten. — Die gleiche Tonart herrschte auf einer industriellen Geheimkonferenz, die vom Zentralverband deutscher Industrieller einberufen wurde, der berüchtigten Organisation der Scharfmacher. Hier wurde die Gründung eines Wahlbunds beschlossen, mit dem man sich Vertreter der Scharfmacherinteressen in allen bürgerlichen Parteien — Freisinn und Zentrum nicht ausgeschlossen — zu kaufen gedankt. Der Hansabund erschien den Herren wegen seiner unentschiedenen Stellung zur Sozialreform nicht zuverlässig genug für ihre Wahlpolitik; sie wollen energische Politik gegen Arbeiterschutz und für Arbeitertrug getrieben wissen. Sehr weit entgegen kam diesem ihrem Bestreben der Vorentwurf der Reichsversicherungsordnung. Er bietet das Linsengericht jämmerlich geringfügiger Renten für erwerbsunfähige Witwen, die früher beruflich tätig gewesen sind. Dafür beschneidet er arg die Arbeiterrechte in der Versicherung und will vor allem die Selbstverwaltung der Krankenkassen vernichten.

Mehr Rückschritt denn Fortschritt, namentlich eine gefährliche Verschlechterung in den Bestimmungen über die politischen Vergehen bringen die Justiznovellen des Jahres: der Entwurf einer neuen Strafprozessordnung, die kleine Strafgesetznovelle und der Vorentwurf zu einem neuen Strafgesetzbuch.

Das einzige Zeichen politischen Fortschritts sind die starken Erfolge der Sozialdemokratie, die sich seit dem Sommer bei den Wahlen aller Art häuften. Von Neustadt-Bandau bis Halle zieht sich eine fortlaufende rote Siegesspur. Sowohl bei den Reichstagsersatzwahlen, als bei den sächsischen, badischen, meiningenschen und weimarischen Landtagswahlen, den reichsländischen Bezirksstagswahlen und den Gemeindevahlen aller Gaue hatte die Sozialdemokratie Stimmenzuwachs und Mandatseroberungen zu verzeichnen. Alle bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme mußten Rückgang und Wählerflucht beklagen. Die bittere Lektion der Reichsfinanzreform hat im Volke eingeschlagen; daß ihre Lehren im neuen Jahre nicht vergessen werden, dafür hat die eifrige Arbeit der Sozialdemokratie zu sorgen. H. B.

## Die Frauenrechtsforderungen im Einigungsprogramm der Linkliberalen.

Der Mischmasch der ganz und halb reaktionären und arbeitserfeindlichen „freisinnigen“ und „demokratischen“ Parteien wird sich Anfang März zu einer einzigen „Deutschen Freisinnigen Volkspartei“ zusammenschließen. Der Entwurf des Einigungsprogramms, das der Verschmelzung der drei bisher selbständigen Gruppen zugrunde liegen soll, hat bereits in der Tagespresse eingehende Würdigung gefunden. Hier sei jedoch ein Punkt des neuen Programms ganz besonders hervorgehoben: Die Stellungnahme zu den Rechtsforderungen der Frauen. Daß die Freisinnigen aller Schattierungen sich die Mitarbeit der Frauen ganz gerne gefallen lassen, ist bekannt. Daß sie aber auch nicht entfernt daran denken, für die Gleichberechtigung der Frauen ernstlich einzutreten, dafür haben sie zu den vielen bereits vorhandenen Beweisen einen neuen hinzugefügt. Die betreffende überaus bescheidene Forderung in § 8 des neuen

Programms lautet: „Erweiterung der Rechte der Frauen und ihres Erwerbsgebiets, Erleichterung der Frauenbildung und Reformen im staatlichen Berechtigungsverfahren zugunsten der Frauen. Verstärkte Mitwirkung der Frauen auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge und des Bildungswesens. Heranziehung der Frauen zur Kommunalverwaltung.“ Das ist alles, was die neue Partei für die Frauen fordern soll.

Kein Wort von der Eroberung des Wahlrechts für die Frauen, nicht einmal des bestehenden in Reich, Einzelstaat oder Gemeinde. Kein Wort von der Eröffnung aller Berufe. Nur in der sozialen Fürsorge wollen die Herren den Frauen vermehrte Mitarbeit gütigst gestatten. Über die Art ihrer Mitarbeit sollen die Frauen aber nicht einmal selbst entscheiden dürfen, sondern sie soll ihnen zugewiesen werden. Die Forderungen der vereinigten „entschiedenen“ Liberalen reichen nicht einmal heran an das Programm des Verbandes fortschrittlicher Frauenvereine. Dieses verlangt die Zulassung der Frauen zu allen Berufen unter den gleichen Bildungs- und Lohnbedingungen wie sie für die Männer gelten; es fordert ferner auch die politische Gleichberechtigung der Frau mit dem Mann. Der gesamtliberale Kongreß zu München im Juli 1908 nahm mit „Enthusiasmus“ zwei Resolutionen an, in denen es wörtlich heißt: „Der liberale Kongreß steht in der Frauenbewegung den Kampf der Frau um volles Menschen- und Bürgerrecht. Er wird die deutschen Frauen in der Erreichung dieses Zieles nachdrücklich unterstützen.“ Wo sind jene Liberalen geblieben, die sich damals für die berechtigten Forderungen der Frauen so heftig begeisterten? Was ist aus der Resolution geworden, in der der Frankfurter Delegiertentag der „Freisinnigen Vereinigung“ die Forderung der politischen Gleichberechtigung der Frauen anerkannte? Wie steht es mit dem Beschluß, den der Parteitag des Brandenburgischen Provinzialverbandes der „Freisinnigen Volkspartei“ — dessen Vorstand Fräulein Wischniewska angehört — gefaßt hat? Er forderte nicht allein „Zulassung der Frau zu den ihr noch verschlossenen Berufen, sondern auch das aktive und passive Wahlrecht der Frau in der Kommune, den Einzelstaaten und dem Reich“. Die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen haben diese Kundgebungen als große „Fortschritte“ gepriesen, die jubelnden Hoffnungen, die sie darauf gebaut hatten, sind nun auf das grausamste enttäuscht worden. Herr v. Payer, der Führer der „Württembergischen Volkspartei“, der süddeutschen Demokratie überhaupt, hat auf der letzten Tagung der genannten Fraktion am 6. Januar unzweideutig zu erkennen gegeben, daß der geeinte „volle und ganze“ Liberalismus keine Stätte für Gleichberechtigungsschwärmerei sein werde. In der Grabrede, die er seiner eigenen Partei hielt, überschüttete er unter der üblichen Heiterkeit die Forderung gleichen Rechts für Mann und Weib mit Spott und Hohn. Man habe noch Jahrzehntelange zu ringen, um nur die Gleichberechtigung der Männer durchzusetzen, so meinte er. Auch seien noch längst nicht alle seine Parteigenossen von der Berechtigung der Forderungen der Frauen überzeugt. Diese müsse sich gleichsam erst noch von innen durchringen. Im Verein für Frauenstimmrecht sei geraten worden, die Frauen sollten kein Vertrauen auf die alten Führer der linksliberalen Parteien setzen, sondern auf die jüngeren. Er würde es auch so machen. Nicht einmal den Jungen solle man trauen, sondern erst deren Kindern. Die Frauen sollten sich an dem wesentlichen Fortschritt genügen lassen, den das neue Programm aufweist. Die „Württembergische Volkspartei“ ist ja mit dieser Auffassung und Behandlung der Frauenfrage nur ihrem alten Spießbürgerstandpunkt getreu geblieben. Noch in jedem Wahlkampf hat sie es der Sozialdemokratie als besondere Sünde angekreidet, daß diese für die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts eintritt. Aber daß nun die anderen linksliberalen Parteien ihr bisshen platonische Sympathie für das Recht der Frau preisgegeben haben, daß die Einigung im Reichen des Philisterzopfes erfolgt, das ist das Lehrreiche. Das Einigungsprogramm sollte das Motto tragen: „Laßt alle Hoffnung fahren“, eine Mahnung, die übrigens nicht bloß den bürgerlichen Frauen-

rechtlerinnen gesagt sein sollte, vielmehr allen, die noch von einer „Wiedergeburt des Liberalismus“ träumten.

Manche der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen scheint zu begreifen, daß an dem Baume des geeinten Liberalismus keine Früchte für die Frauen wachsen werden, die unter dem Drucke umgewälzter Verhältnisse Bildung, Berufsarbeit, das heißt Brot und politische Rechte fordern müssen. So stößt Frau Cauer in Nr. 1 der „Frauenbewegung“ mit Bezug auf den von uns oben mitgeteilten Passus des Einigungsprogramms folgenden Stoßseufzer aus:

„Ach, meine Herren von der zukünftigen „Deutschen Freisinnigen Volkspartei“ . . . dazu bedurfte es Ihres Scharfsinns nicht — alles das, was Sie zur „Lösung der Frauenfrage“ (1) beisteuern wollen, ist längst, längst von uns in Angriff genommen, ist teilweise schon erfüllt. Bitte, meine Herren, wie steht es um das kommunale Wahlrecht der Frauen? . . . Man muß verstehen zwischen den Zeilen zu lesen. Da entdeckt man so manches, das alles andere eher als eine Erneuerung des Liberalismus bedeutet. Und darum allein, darum ganz allein handelte es sich, um weiter nichts. Wenigstens waren die Hoffnungen von uns darauf gegründet. Die Frauen sind enttäuscht, müssen enttäuscht sein. . . Zum Volke gehören auch die Frauen! Das wird dem Liberalismus, wie es scheint, unendlich schwer zu begreifen.“

Fräulein Wischniewska, die Gründerin und Führerin der „Liberalen Frauenpartei“, die aus ihr selbst und aus einigen Bäckerdützenden unbelehrbarer Schwärmerinnen für die Tugenden des deutschen Liberalismus besteht, sogar sie, die Gläubigste der Gläubigen, hat sich über die „voll und ganz“ liberal mißhandelten Frauenrechtsforderungen empört. „Die Frauen verlangen alle politischen Rechte, sonst werden sie zur sozialdemokratischen Partei übergehen,“ rief sie in einer Berliner Versammlung nach dem Muster jener protestantischen Bauern aus, die bei starker Gemütsbewegung mit dem „Katholisch-Werden“ drohen. Jedoch Fräulein Wischniewska wäre nicht sie selbst, wenn sie nicht alsobald reichlich Wasser in den schäumenden Wein ihrer Entrüstung getan hätte. Der erschrecklichen Drohung, die sicherlich außer ihr selbst kein Mensch ernst genommen hat, ist in Treue und Ergebenheit für den Liberalismus ein sanftes, wimmerndes Flehen vor den Parteien gefolgt, die noch stets das Vertrauen und die Hilfe der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen mit Fußtritten gelohnt haben. Im Auftrag der „Liberalen Frauenpartei“ hat sie mit geziemender Demut den Vorständen der drei linksliberalen Parteien einen letzten Appell zu Füßen gelegt. Er lautet:

„Sehr geehrte Herren! Im Auftrag der Liberalen Frauenpartei erlaube ich mir zu dem Entwurf eines Einigungsprogramms des Viererausschusses nachfolgende Ausführungen: 1. Der Passus zur Frauenfrage, § 8, ist völlig wertlos und darum überflüssig, denn alles, was er enthält, haben wir uns selbst, getragen von den wirtschaftlichen Verhältnissen, gefördert von der Staatsregierung, die sich den wirtschaftlichen Tatsachen beugte, bereits errungen. 2. Alle diese Forderungen unterzeichnet die konservative Partei auch, ja sie hat sie bereits im preussischen Landtag unterstützt. Nicht darum handelt es sich, daß Sie zu dem vor uns in 45jährigem Kampfe Errungenen Ihre Zustimmung geben, sondern darum, daß Sie sich als liberale Männer zu den Idealen der Frauenbewegung bekennen. 3. Ob und wann Sie diese Ideale verwirklichen können, wird von der politischen Macht der neuen Partei abhängen. Wir fordern von einem zurzeit schwachen Liberalismus das Unmögliche nicht, aber eines fordern wir von Ihnen, als liberalen Männern, nämlich, daß Sie sich in dem politischen Befreiungskampf, den wir kämpfen, klar und entschieden auf unsere Seite stellen! Unser Kampf um Recht und Freiheit ist mit dem Grundgedanken des Liberalismus aufs innigste verbunden. 4. Jede denkende Frau, die sich der neuen Partei anschließen will, fragt selbstverständlich nach der Stellungnahme der Partei zu den politischen Rechten der Frau. Sie findet in diesem Programm noch nicht einmal das Wort: „Politisches Recht der Frau“. 5. Weil wir dem Liberalismus treu ergeben sind, wie wir stets und vor allem in so manchem Wahlkampf bewiesen haben, weil wir der Wiedergeburt des Liberalismus als Hoffende gegenüberstehen, darum warnen wir aufs eindringlichste vor dieser Fassung des Programms, welches jede denkende und sich selbst achtende Frau von der Schwelle der Partei fortweist.“

Etwas kräftiger haben sich bürgerliche Frauenstimmrechtsorganisationen zu dem Entwurf des Einigungsprogramms geäußert. Der „Deutsche Verband für Frauenstimmrecht“, der „Bayerische Verein für Frauenstimmrecht“ und die „Ortsgruppe München“ desselben erklärten in einer Resolution:

„Ein Liberalismus, der programmatisch nur Wohlwollen für die Frauen in Aussicht stellt, ohne sich in klarer, entschiedener Weise für die gerechten Forderungen der Frauen auszusprechen, wird sich noch viel weniger um Taten für die uneingeschränkte staatsbürgerliche und politische Gleichberechtigung der deutschen Frauen einsetzen und hat seinen Namen nicht verdient. Die Versammlung hegt die bestimmte Erwartung, daß die Parteitage der Freisinnigen Vereinigung, der Freisinnigen Volkspartei und der Süddeutschen Volkspartei den Entwurf des Einigungsprogramms so ändern, daß in bestimmter unzweideutiger Weise die vollkommene Gleichberechtigung der Frauen in Staat und Kommune gefordert wird.“

Daß die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen alles, nur nicht die Erfüllung dieser „bestimmten Erwartung“ zu gewärtigen haben, dafür spricht außer dem Stuttgarter Parteitag der württembergischen Volksparteier die höhnische Abfanzelung, welche eine Freisinnige Delegation der angezogenen Resolution zuteil werden ließ. Herr Dr. Ablass, seines Zeichens Reichstagsabgeordneter, erbot sich über sie im „Boten aus dem Riesengebirge“ wie folgt:

„Da haben wir's also. Die mit Sehnsucht angestrebte große Partei des entschiedenen Liberalismus mit ihrem starken Zuge nach links erhält alsbald, noch ehe sie konstituiert ist, von den Frauen, die der bürgerlichen Linken so manches zu verdanken haben, attestiert, daß sie den Namen Liberalismus gar nicht verdiene. Das ist nicht gerade höflich, aber verständlich, wenn man erwägt, daß die Zeiten längst vorüber sind, in denen man mit Frauen über die Fragen der guten Sitte nicht stritt, sondern sich darin von ihnen nur belehren ließ. Seitdem ein Teil der politischen Frauen mit den Bestrebungen der englischen Mannweiber, der Suffragettes, sympathisiert, muß ständig in Entrüstung gearbeitet werden. In der Sache selbst bin ich der Ansicht, daß es auch meiner Überzeugung besser entsprochen hätte, wenn das Einigungsprogramm entschiedenere Forderungen für die staatsbürgerliche und politische Gleichberechtigung der Frauen hätte aufstellen können. Ob es möglich sein wird, nach dieser Richtung hin mehr, als § 8 des Entwurfs verspricht, zu erringen, bleibt abzuwarten, soll aber jedenfalls angestrebt werden. Nur das eine übersieht die Resolution, daß das Programm ein sogenanntes Mindestprogramm ist. Eine kleine Gruppe von Politikern kann sich den Luxus eines möglichst radikalsten Programms eher gestatten als eine große Partei, die nach Zusammenfassung aller Kräfte auf liberaler Basis hinarbeitet. Gerade hierin liegt der große schöpferische Gedanke der neuen Parteibildung. Auf den Boden des Einigungsprogramms kann sich auch derjenige stellen, der weitergehenden demokratischen Forderungen durch zähe Arbeit allmählich die Wege ebnet. Auch die deutsche Frauenbewegung würde vielleicht gut daran tun, im Rahmen der neuen Parteibildung für ihre Ansicht zu werben, statt sich ihr sofort feindselig gegenüberzustellen.“

Der „Linkoliberalismus“, wie er leibt und lebt, offenbart sich in diesem Erguß feiger Jämmerlichkeit, die wohl die berechtigten Forderungen der Zeit sieht, nicht aber für sie zu kämpfen wagt, die den Zweck einer großen, starken Partei darin erblickt, Mindestforderungen zu stellen. Doch es kommt noch besser für die Frauenrechtlerinnen, die, wie die Lämmlein das Mäh-Mäh, das Hoffen auf die Verjüngung des Liberalismus nicht lassen können. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Ablass sollte in einer Versammlung des fortschrittlichen Vereins „Waldeck“ zu Berlin über „das Einigungsprogramm der Linkliberalen“ reden. Fräulein Martha Zieg-Hamburg, Vorstandsmitglied des „Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht“ und auch Vorstandsmitglied der „Freisinnigen Vereinigung“ befand sich zufällig in Berlin. Sie begab sich mit einer Bekannten in die Versammlung, um die Äußerungen des Herrn Dr. Ablass über § 8 des Programms zu beantworten. Noch vor der Eröffnung der Versammlung schickte sie dem Vorsitzenden ihre Karte und

meldete sich damit zur Diskussion. Die Wirkung war verblüffend! Der Vorsitzende erhob sich und verkündete den versammelten 3 Weiblein und 30 bis 40 Männlein, „daß sich nicht nur Nichtmitglieder, sondern sogar Gegner hier befinden. Daß sich ein Feind heimlich hereingeschlichen, und ich ersuche diese, den Saal sofort zu verlassen.“ Das freisinnig vereinigte Fräulein Zieg, Vorstandsmitglied einer linksliberalen Partei im Zeichen des bevorstehenden Zusammenschlusses des Liberalismus wurde vor die Tür gesetzt! Das gut bürgerlich gestimmte Fräulein Zieg, das nicht ermüdete, an dem Grabe jeder Hoffnung noch die Reklame-trommel für den Liberalismus zu rühren, als „Feind“ gebrandmarkt, der „sich heimlich eingeschlichen“ hat, um die entschiedenen Fortschrittmänner zu verschlingen. „Mein Liebchen, was willst du noch mehr?“

Das Gros der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen wird sicherlich trotz alledem nach wie vor in dem Liberalismus seine Interessenvertretung erblicken. Die Damen schlucken es hinunter, daß der Liberalismus ihre Interessen und Forderungen als Frauen verhöhnt und verrät, haben sie doch die beruhigende Gewißheit, daß er ihre Interessen als Angehörige der besitzenden Klassen gegen den Ansturm der Arbeiter schirmt, daß er in deren Verteidigung immer reaktionärer wird. So werden sie auch nicht die Konsequenzen der letzten Lehren ziehen. Diese Konsequenzen sind klar. Wollen die Frauen nicht länger nur Objekt, sondern auch Subjekt der Gesetzgebung sein, so müssen sie sich der einzigen Partei anschließen, die in Deutschland volle Gleichberechtigung der Frauen auf allen Gebieten fordert: der Sozialdemokratie.

## Bürgerliche und proletarische Mitleidsmoral.\*

Wenn einer in der Gefahr des Ertrinkens schwebt, und du bist in der Lage, ihn retten zu können — wirst du ihn da erst noch ausfragen, wer er sei, welches seine Religion, seine Klasse, seine Partei? Nein! In derartigen Augenblicken sieht lediglich der Mensch dem Menschen gegenüber, alles andere Drum und Dran verschwindet. Mit Einsetzung der Gefahr deines eigenen Lebens springst du in einem solchen Falle selbst dem Feinde bei. Du hörst da nur noch die Stimme der Menschlichkeit, nichts als der Mensch in dir redet, der Mensch als Geschöpf der Natur und nicht der Kultur mit ihren Gegensätzen zwischen den Menschen.

Wenn nun ein Hungeriger zu dir kommt, der dich um eine milde Gabe anfleht, wirst du da weniger hilfsbereit handeln? Als Proletarier kannst du ja am besten nachfühlen, was hungern heißt; wahrscheinlich warst du selbst schon in der peinlichen Lage, deine Mitmenschen „anbetteln“ zu müssen — als reisender Handwerksbursche oder gar als sässig gewordener Familienvater, als vergrämte Familienmutter. Als Familienvater oder Familienmutter hast du die über dich verhängte Schmach besonders schwer empfunden. Du mußt es ja zu Leuten gehen, die dich persönlich kannten oder mit denen du später einmal in Berührung kommen konntest. Du kennst die Rücken und Lücken der kapitalistischen Wirtschaft und weißt, wie unbeständig dem Arbeiter das Glück ist, Verdienst zu haben. Das Damoclesschwert der Arbeitslosigkeit fühlst du täglich über deinem eigenen Haupte, ständig steht der ungebetene Gast Hunger für dich und die Deinen lauernd vor deiner Tür. Gewiß, es ist dir bekannt, daß es unter den arbeitslosen „Bettlern“ auch Leute gibt, die der gute, rechtschaffene Bürger als „arbeitscheues Gesindel“ bezeichnet. Du kennst sie, denen Landstraße, Chausseeegraben, Obdachlosenasyll, Penne usw. Heimat und das Betteln Gewerbe, Lebensberuf geworden ist, nicht minder gut wie der behäbige Bürger, der vor Eitel die Augen zukneift, wenn er ein solches Exemplar menschlicher Nichtsnutzigkeit von fern sieht, und der in weitem Bogen darum herumgeht. Oder vielmehr: du kennst diese bedauernswerten Opfer der kapitalistischen Gesellschaft noch viel besser als er. So tief sie auch gesunken sein mögen, so unrettbar sie für den Kampf des

\* Wir sind in der behandelten Frage anderer Ansicht als der Verfasser. Wir halten es mit der Betätigung von Solidarität, die nicht vom Standpunkt des organisierten, kämpfenden Proletariats aus nach der „Würdigkeit“ des leidenden, hilfsbedürftigen Angehörigen seiner Klasse fragt. Sie erscheint uns als wirksameres Mittel, diesen aufzuklären und für die Organisation zu gewinnen, als die hilfverzagende, „strafende“ Abkehr von ihm. Die Redaktion der „Gleichheit“.

Proletariats verloren sind: dir krampft es das Herz zusammen vor Mitleid mit den unglückseligen Brüdern. Ekel, Verachtung und Zorn bemächtigt sich deiner nur gegen jene „Ordnung“, die Zustände schafft und bestehen läßt, welche Menschen in die Tiefe stoßen. Wer verbürgt dir, daß nicht du selbst oder eines deiner Lieben einmal dort enden? Der Kapitalismus hat viele Mittel, seine Arbeitsklaven zu zermürben und sie dann zum „Abschaum“ zu schleudern.

Wenn ein Hungeriger dich um eine Unterstützung ansieht, so ist dir das alles gegenwärtig. Du bist daher von vornherein gewiß nicht geneigt zu fragen, ob der Ansprechende eines Scherleins würdig sei. Du gibst ihm, weil er dessen bedürftig ist. Wintersonne und Wirtschaftskrise sind angetan, dein Mitgefühl für ihn noch zu steigern. Du fügst der materiellen Gabe wohl auch teilnehmende und tröstende Worte hinzu und minderst damit das Demütigende, das in einem Almosen liegt, sogar wenn es von einem Arbeitsbruder, einer Arbeitschwester gespendet wird. Der satte Spießbürger schützt sich vor Bettlerbelästigungen oft dadurch, daß er an seiner Tür ein Schild anbringen läßt mit der Aufschrift: „Mitglied des Vereins gegen Haus- und Straßenbettelei“. Er zahlt dem „christlichen Wohltätigkeitsverein“ pro Jahr 50 Pf. oder 1 Mk. und fühlt sich damit seiner moralischen Verpflichtung quitt. Wenn er sich nicht in dieser oder ähnlicher Weise „losgekauft“ hat, so wirft er dem Bettler eine Kupfermünze oder ein Stück Brot hin, nur damit er diesen rasch von seiner Schwelle vertreibt. Selten spricht beim Geber das Mitgefühl mit. Die Barmherzigkeit gilt nicht dem „Bruder“, von dem die christliche Sittenlehre predigt.

Jeder Bettler lernt diese unterschiedliche Behandlung und Bewertung seiner Person schon nach den ersten „Ausflügen“ kennen. Die hungrigen arbeitslosen Arbeiter behelligen denn auch im allgemeinen die Besitzenden und Wohlhabenden am allerwenigsten. In den eleganten Häusern der Großstadt klopfen sie in der Hauptsache erst vom dritten Stockwerk an „aufwärts“ an die Türen. Arbeiter und Minderbemittelte tragen also — das sei nebenbei erwähnt — den größten Teil der willigen Steuer für bettelnde Arbeitslose.

Können sich jedoch gegen die Mitleidsbetätigung des Proletariats keine Einwendungen erheben? Sehen wir zu. Gehe wir die Frage prüfen, sei nochmals ausdrücklich unterstrichen, daß die geschilderte Mitleidsmoral heute in der Arbeiterklasse allgemein betätigt wird. Ihre Praxis hat ausschließlich in Gefühlsregungen ihren Ursprung. Man könnte sagen, es sei menschliche Barmherzigkeit oder „christliche Nächstenliebe“ schlechthin, die in den Proletariatsmassen wirksam ist, während im Bürgertum diese Gefühle erstickt sind. Das versteht sich ohne weiteres — aber nur für eine Klasse, die die Wirtschaftszustände und Gesellschaftszustände lediglich gefühlsmäßig erfährt. Der Teil der Arbeiterklasse aber, in dem die sozialistische Erkenntnis lebendig ist, steht den Dingen kritisch, verstandesmäßig gegenüber, er bildet allmählich eine eigene Moral heraus, die seinem Zielstreben angepaßt ist. Die Umstände, unter denen das klassenbewußte Proletariat im Kampf steht, zwingen es zur Herausbildung und Betätigung einer neuen Moral, die oftmals notgedrungen der bürgerlichen schroff entgegensteht.

Die Mitleidsmoral der Arbeiterklasse, die wir hier im Auge haben, ist aber keine neue Moral, im Gegenteil, im letzten Grunde ist sie eigentlich eine „gut bürgerliche“ Mitleidsmoral, die der vor-kapitalistischen Zeit und den ersten Stadien der kapitalistischen Entwicklung angepaßt war. Dem kämpfenden Proletariat geziemt sie nicht! Vom Standpunkt der Gewerkschaftsprinzipien aus ist sie zu verwerfen! Warum?

Wir betrachten es als die unabweißbare Pflicht eines jeden Arbeiters, sich zu organisieren und die mit der Organisation verbundenen Pflichten zu erfüllen. Jeder, der sich dieser Verpflichtung entzieht, handelt als Gegner, ja, wenn er es hartnäckig tut, als Feind seiner Klasse. Das Unorganisiertsein können wir nur bei Arbeitern entschuldigen, an die der Strom der proletarischen Emanzipationsbewegung noch nicht herangekommen ist. Aber indem wir sie entschuldigen, müssen wir sie zugleich mit unserer Sache bekannt zu machen suchen, wir dürfen sie nicht mit der Entschuldigung laufen lassen. Und die Mitanwendung auf den bei dir ansprechenden hungerigen Arbeitslosen? Sie liegt klar auf der Hand. Du wirfst zu ihm etwa sagen: „Tritt näher, lieber Freund. Wo kommst du her? Wie lange bist du schon arbeitslos? Wo hast du zuletzt gearbeitet? Und wo vordem?“ Aus den Antworten lannst du in der Regel schließen, ob für den Mann bisher die Möglichkeit da war, sich zu organisieren oder nicht. Du fragst dann weiter: „Natürlich bist du organisiert; zeige mir deine Mitgliedslegitimation.“ Du darfst dann nur dem Arbeiter eine Unterstützung angeeignen lassen, der sich als organisiert ausweist, und etwa noch dem,

für den bisher deiner Beurteilung nach faktisch die Möglichkeit ausgeschloßen war, organisiert zu sein. Kurz, es muß einen wirklichen Entschuldigungsgrund dafür geben, daß der Ansprechende nicht organisiert ist. Wer sich ohne solchen Grund von der Organisationspflicht gedrückt hat, ist der Unterfütigung eines organisierten Arbeiters unwürdig; unwürdig ist auch der, der behauptet, schon einmal organisiert gewesen zu sein, oder der sonst Ausflüchte für sein unsolidarisches Verhalten vorbringt. Das sollst du dem Betreffenden auch sagen, mit aller Höflichkeit zwar, aber auch bestimmt. Sie müssen fühlen, daß du sie als moralisch minderwertig betrachtest, daß aber die Tatsache dich schmerzt. Du mußt das so zum Ausdruck bringen, daß sie den Anstoß erhalten, sich ihres Nichtorganisiertseins zu schämen. Ein paar Worte, ein bloßer Blick, der Ton der Stimme können das bewirken. Mache es dir zum festen Grundgesetz: Die Praxis meiner Mitleidsmoral für den aimosenheischenden Arbeitslosen macht Halt bei dem Unorganisierten, denn dieser ist ein Feind, mindestens aber ein Stück Widerstand gegen das Zielstreben der Arbeiterbewegung. Dem Unorganisierten auch zur Zeit der Arbeitslosigkeit und zu seinem Hunger Organisationslehren! Wenn du und deine Freunde, wenn schließlich alle organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen so handeln — glaube mir, das wird unserer Sache nützlich sein. Es rüttelt zum Nachdenken, zur Erkenntnis die proletarischen Elemente auf, die noch in niederer Selbstsucht stecken und deshalb bis dahin willfährige Sklaven der Kapitalistenklasse waren. Arbeitslosigkeit und Hunger können auch sie noch zu brauchbaren Mitstreitern unserer Sache machen, wenn wir nicht durch eine falsche Mitleidsmoral sie über ihre Notlage hinwegtragen helfen, ohne ihnen begreiflich zu machen, daß sie als Unorganisierte recht verächtliche Kreaturen sind.

Allerdings: dem braven Bürger wird eine solche differenzierte Mitleidsmoral nicht gefallen. Er wird sich über sie sogar höchlichst entrüsten. Laß diesen Kapital-Moralisten nur getern und weitem. Seine Moral ist nicht die deine, kann nicht die deine sein. Seine Moral ist die Moral der Satten. Das kämpfende Proletariat soll eine neue Welt gestalten, neue Menschen erziehen, die diese Welt tragen können. Dazu benötigt es auch einer neuen Moral. Seine Welt ist die werdende, die kommende; nur ihr soll es opfern, in ihrem Geiste nur leben und handeln. Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin kann das verstehen, wenn sie erst zum Nachdenken über sich und ihre Klasse gekommen sind. Sie begreifen das, weil sie Proletarier sind. Du hast ihnen durch dein Verhalten nur Anstoß zum Nachdenken zu geben. Die Gelegenheit dazu darfst du nicht veräumen, das sollen insbesondere die Frauen beachten. Sie sind es ja besonders, die als Hausmütter mit den Unterfütigung Heischenden in Berührung kommen!

Dem Ertrinkenden kann der um Almosen ansprechende Hungerige nicht ohne weiteres gleichgestellt werden. Der Unorganisierte, den wir abweisen müssen, hat ja Gelegenheit, sich an die zu wenden, denen er bis dahin dients und um deren Beifall er als Unorganisierte buhlt. Mag er zu den Nutznießern seines Wohlverhaltens gehen, sie werden ihm die Augen öffnen! Otto Albrecht.

## Das Nachspiel des Mansfelder Bergarbeiterstreiks vor dem Gericht.

Wo immer Unternehmer sich zusammenschließen, um die Arbeiter mit vereinten Kräften auszubeuten und zu entrechteten, da ist der Staat mitten unter ihnen. Er stellt seine Säbel, Flinten und Maschinengewehre, seine Staatsanwälte und Richter in ihren Dienst und öffnet bereitwillig die Tore seiner Gefängnisse für jene Mühseligen und Beladenen, die sich vermessen hatten, an ihren Ketten zu rütteln und einen heiligen Krieg gegen schmachvolle Entrechtung und Ausbeutung zu führen. Von dieser Regel ist „Vater Staat“ auch während des Mansfelder Bergarbeiterstreiks nicht abgewichen. Nachdem der Streik glücklich — für die Grubenherren — abgelauten, daß zur „Aufrechterhaltung der Ordnung“ requiriertere Militär rumblos wieder abgezogen ist, tritt die irdische Gerechtigkeit auf den Plan, genannt Justiz. Mit allerhand schwerem Paragrafengeschütz will sie Sühne schaffen für „Vergehen“ und „Sünden“ der Arbeiter und ihrer Frauen während des Ausstandes. Und sie läßt es an Eifer und Verständnisinnigkeit für ihre Pflicht im Klassenstaat nicht fehlen.

Damit der Bergarbeiter Hering aus Augsburg auf die Anklagebank kommen kann, wird eine Verordnung aus dem Jahre 1789 hervorgesucht. „Anmaßung eines öffentlichen Amtes“ lautet das Verbrechen, dessen er schuldig sein soll. Er hat den Befehl nicht befolgt, die weiße Binde abzulegen, die er als Ordner trug. Für

dieses staatsgefährliche Verbrechen beantragt der Staatsanwalt — einen Monat Gefängnis, das Gericht ist „milde“ und verurteilt den Sünder „nur“ zu einer Geldstrafe. Noch mehr Urteile sind gefallen, die der gesunde Menschenverstand und das Rechtsgefühl des Volkes nicht begreifen, weil die Strafe absolut nicht im Verhältnis zu dem „Vergehen“ steht, wenn überhaupt in solchen Fällen von Vergehen geredet werden darf.

Die ganze Strenge der „Gerechtigkeit“ aber bekamen einige Arbeiterfrauen zu fühlen. Gegen sie wurde ein hochnotpeinliches Verfahren wegen Landfriedensbruchs eröffnet, und wahrhaft drakonische Urteile trafen die Angellagten. Die Arbeiterfrau Anna Hartmann aus Hellstedt war beschuldigt, Arbeitswillige zum Streik aufgefordert und an einer „Zusammenrottung“ teilgenommen zu haben. Sie habe sich „wie ein wildes Tier“ benommen, behaupteten — Streikbrecher und Wachtmeister. Überall sei sie mitten in der Menge gewesen „mit aufgelöstem Haar“, wie die angstgepeiterte Phantastie des Spießers sich eine leibhaftige „Furie der Revolution“ vorstellt, manche wollen sogar einen Dolch in ihrer Hand haben blinken sehen. Arbeitswillige sollte sie beschimpft, bespion, mit der Faust bedroht, mit Steinen, Rieß und Pferdemeist beworfen haben. Was hilft es ihr, daß die Zeugenaussagen nicht ganz übereinstimmen, daß die einen Zeugen „bestimmt glauben“, sie wiederzuerkennen, die anderen es bezweifeln! Alle Zeugen — die Streikbrecher wie der Wachtmeister — sind sich darüber einig, daß die Frau sehr aufgeregt gewesen sei. So kann der Staatsanwalt Altleben aus Halle keine Gnade walten lassen. Zwar kann der Frau nicht nachgewiesen werden, daß sie sich tatsächlich an den Ausschreitungen beteiligt hat. Zwar wird dagegen festgestellt, daß sie selbst von den Streikbrechern aus höchst gereizt, daß sie von ihnen beschimpft und geschlagen worden ist. Schadet nichts. „Der Jude muß verbrannt werden.“ Die Frau wird zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Das Volk wird diesen Richterspruch mit Recht als ein Bluturteil betrachten.

Frau Berta Machemehl und Frau Anna Michael müssen ebenfalls ins Gefängnis wandern. Sie sollen den Streikbrechern zugerufen haben, daß sie „Reichstreue Gels“ sind, denen man die Knochen im Leibe entzweischlagen sollte. Solches kann selbstverständlich nicht ungerochen bleiben. Frau Machemehl erhält eine Woche Gefängnis, Frau Michael drei Tage. Die Richter des Klassenstaats müssen ein Exempel statuieren. Was schert sie da die Erregung, in der sich die Angellagten begreiflich genug befunden haben, als in den Tagen des Kampfes ihrer Männer und Brüder Verräter diesen in den Rücken fielen. In den Augen der Herren Juristen sind die Arbeiterfrauen „gefährliche Akteure im Theater des Streiks“, wie vor Gericht erklärt wurde. Die ganze Schwere des Gesetzes muß auf sie herabsaufen. Ob die Herren wohl darüber nachdenken, welche Rolle sie selbst in diesem „Theater“ spielen?

So wenig wie jemand über seinen eigenen Schatten springen kann, so wenig vermögen die Rechtsbesessenen in der heutigen Ordnung der Dinge über die Schranken hinwegzukommen, die ihnen von ihrer Klassenzugehörigkeit gezogen sind. Außerdem wissen sie, was ihres Amtes im kapitalistischen Staate sein muß, der ihr Auftraggeber und Herr ist. Sie entdecken ihr wohlwollend verstehendes Herz, wenn es sich um die „goldene Jugend“ handelt, die sich in Bubensstreichen austobt; sie finden merkwürdig schnelle Milderungsgründe und den Notwehrparagrafen, wenn arbeitswillige Mörder vor Gericht stehen. Siehe Nürnberg usw. Wenn jedoch streikende Arbeiter und ihre Frauen nach bürgerlicher Auffassung sich zu den kleinsten Verstößen und Vergehen wider den Buchstaben veräußert oder volksfeindlicher Vorschriften hinreißen lassen: „Ja dann, Bauer, ist es ganz was anders!“ Der Gerechtigkeit muß ihr Lauf gelassen werden. Wer wagt es, angesichts der gefällten Schreckensurteile in Esleben von zweierlei Maß zu sprechen? Wer wagt es, den Richtern, die sie fällten, Unparteilichkeit, Milde und soziales Verständnis abzusprechen? Sie haben entschieden, wie sie entscheiden mußten, und darum ist ihr Urteil ein weises und gerechtes, und wer es nicht glaubt, kann ebenfalls ins Gefängnis wandern.

Der Streik, das militärische Zwischenspiel, der richterliche Schlußakt „des Theaters“ müssen den Mansfelder Arbeitern und ihren Frauen zu denken geben. Wenn sie denken, so werden sie vielerlei begreifen, was ihnen vielleicht bisher nicht ganz klar gewesen ist. Sie wissen dann, weshalb ihre Söhne und Brüder zwei Jahre lang in der „Ferienkolonie“ der Kaserne verbringen müssen, weshalb der Staat Strafgesetze, Anwälte, Richter und Gefängnisse braucht und Steuern, um all diese „Erziehungs- und Machtmittel“ zu erhalten. Gar hartes Lehrgeld ist von den Bergarbeitern im Mansfelder Revier gezahlt worden. Es kann, es darf nicht umsonst gezahlt sein! Die sozialistische Erkenntnis wirft einen hellen Schein

auf den Weg, den sie betreten haben und nicht mehr verlassen dürfen: den Weg der Aufklärung, der Organisation und des unermüdlichen, unerschrockenen Kampfes. Und diesen Weg müssen nicht bloß die Männer, sondern auch die Frauen wandeln, die Frauen, die alle Leiden der kapitalistischen Ausbeutung am eigenen Leibe fühlen und am Leibe der Ihrigen sehen, die Frauen, die alle Entbehrungen, Gefahren und Opfer des Kampfes mittragen müssen, die Frauen, die der Staat kraft seiner Paragraphen hinter schwedische Gardinen steckt, denen er aber das Recht verweigert, an der Geseßgebung teilzunehmen.

## Vom Kampf der New Yorker Blumen- näherinnen.

Der Streik der New Yorker Blumenmacherinnen, der mit so viel Enthusiasmus eingeseht hat, mit so viel freudiger Opferwilligkeit geführt wurde, kann als beendet gelten. Vor vierzigtausend schwachen, weil zum großen Teil noch unorganisierten Arbeiterinnen haben die mächtigen, organisierten Unternehmer die Waffen strecken müssen. Nur etwa sechstausend Blumenmacherinnen, also ein verhältnismäßig kleiner Teil der früheren Kämpferinnen, ringen noch mit ihren Ausbeutern um ihr Recht zur Organisation. Denn auch diese Herren wollen Abschaffung des Zwischenmeister Systems, Erhöhung der Löhne und bessere sanitäre Arbeitsbedingungen bewilligen, nur der Anerkennung der Gewerkschaft widerstreben sie hartnäckig. Wohl oder übel werden sie auch diese Forderung schlucken müssen, da die noch ausständigen Blumenmacherinnen in New York wie in Philadelphia gerade an ihr festhalten. Der Kampf hat ihnen ja die Bedeutung dieser Forderung recht klar gemacht. Er hat ihnen gezeigt, daß die Gewerkschaft ein machtvoller Damm ist, an dem die Profitwut ihrer Ausbeuter abprallt. Das New Yorker Unternehmertum hatte zur Niederwerfung der Arbeiterinnenrebellion alle Kräfte mobil gemacht — nichts hat geholfen. Weder die Mißhandlungen der Mädchen durch allerlei gefautes Gesindel, ihre Brutalisierung durch die Polizei, noch die offenen Ungefeglichkeiten der Richter. Diese Vertreter des Rechtes entpuppten sich — wie in anderen kapitalistisch beglückten Ländern auch — als Schuttpatrone der kapitalistischen Macht, die sie mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln verteidigten. Wenn verrenkte Geseßsetzer nicht mehr versangen wollten, so griffen die Herren zu Bibel sprüchen. „The Call“, das sozialistische Tageblatt von New York, erzählt von solch einem Salomo, vor dem eine Streikende erscheinen mußte, die mit einer Streikbrecherin in Konflikt geraten war. „Wo arbeiten Sie?“ herrschte der weise Mann die Näherin an. Auf ihre Antwort, sie stehe augenblicklich im Streik, erhielt sie folgende fromme Belehrung: „Sie stehen im Streik gegen Gott selber und lehnen sich gegen die Natur auf, deren oberstes Geseß lautet: Im Schwelge deines Angesichts sollst du dein Brot essen.“

Um den frommen und gerechten Richtern auf die Finger zu klopfen und die Streikenden vor einer gottgefälligen „Erziehung zur Arbeit“ mit dem Knüttel zu schützen, berief die Liga der Frauengewerkschaften — Women's Trade Union League — eine Konferenz ein, an der neben den Vertreterinnen der Shirt Waist Makers Union (Gewerkschaft der Waschblumenmacherinnen) auch eine Anzahl Anwälte und bürgerliche Damen teilnahmen, die letzteren meist Führerinnen der bürgerlichen Frauenstimmrechtsbewegung. Aus dem Material, das die Anwälte gesammelt hatten, ging mit unzweideutiger Klarheit hervor, daß bei den meisten Prozessen gegen die kämpfenden Näherinnen nicht die leiseste Spur von Gerechtigkeit, von richterlichem Anstand gewahrt worden war. Die Ankläger rekrutierten sich in den meisten Fällen aus allerlei gefaustem Gesindel, das gleichzeitig die einzigen Belastungszeugen stellte. Entlastungszeugen waren entweder gar nicht geladen, oder sie wurden einfach nicht vernommen. Die Konferenz beschloß daher, sich der vogelfreien Streikenden anzunehmen. Ein Komitee, das eigens zu diesem Zwecke von ihr eingeseht wurde, ließ sich aneignen sein, Streikposten und alle in Verbindung mit dem Streik verhafteten Personen vor den Übergriffen der Richter zu schützen, die das Recht schamlos beugten. Das Komitee, in das sich auch Damen der New Yorker Millionärkreise wählen ließen, wie Frä. A. Morgan, erließ einen Aufruf, in dem es nach „freiwilligen Auspassern“ verlangte. Es sollten dies am Streik unbeteiligte Personen sein, die sich in der Nähe der Streikposten aufhielten und alle ungefeglichen Handlungen der Polizei und ihrer Helfershelfer gegen sie vermerkten, um bei der richterlichen Komödie als Zeugen für die Angegriffenen einzutreten. Der Aufruf wendete sich besonders an die Studentinnen der Columbia Universität und die Studentinnen vom Barnard

Colleague, sowie an die Mitglieder der Young Men's Christian Association (Verein junger christlicher Männer). Frau Eva Mac Donald-Balesh, die mehrere Jahre als Organisatorin der American Federation of Labor (Gewerkschaftsbundes) und als Hilfsredakteurin des „Federationist“ (Der Verbändler) tätig gewesen ist, übernahm es, die „Aufpaffer“ zu organisieren.

Die bürgerlichen Damen haben während des Kampfes der New Yorker Blusenmädchen nicht bloß Mitgefühl und schöne Redensarten für die Ausständigen gehabt, sondern sind auch tatkräftig mit echt amerikanischer Energie für sie eingetreten. Die Millionärin Frau Belmont, von deren Unterstützung der Streikenden wir bereits berichteten, fand sich zum Beispiel mit Fräulein Morgan zusammen im Polizeigericht ein, um für verhaftete Streikposten Bürgerschaft zu leisten. Hier mußte sie sechs Stunden lang — von 9 Uhr abends bis 3 Uhr früh — warten, ehe die vier „Verbrecherinnen“ vorgeführt wurden. Der Beamte scheute sich nicht, für jede einzelne Arbeiterin eine Bürgerschaft von 200 Dollar (fast 900 Mk.) zu verlangen, obwohl oder vielmehr gerade weil er nicht wußte, daß die Bürgin über Millionen verfügt, die sie — falls es ihr beliebt — für die Streikenden verwenden konnte. Als Frau Belmont ihr Haus als Bürgschaft anbot, fragte der Richter, ob es denn die geforderte Summe wert sei. „Ich meine wohl,“ entgegnete Frau Belmont. „Sein Wert beläuft sich auf 400 000 Dollar, und ich habe 100 000 Dollar darauf aufgenommen, um den streikenden Blusenmädchen zu helfen und die Frauenstimmrechtsbewegung zu fördern.“ Diese Antwort der Millionärin ist in mehr als einer Hinsicht bezeichnend. Sie beweist deutlich, daß Frau Belmont, wie andere Gönnerinnen der Arbeiterinnen auch, zu rechnen, den Einfluß der Proletarierinnen zu würdigen versteht. Die Damen wissen, daß es auch in der Stimmrechtsbewegung heißt: „Die Menge tut es.“ So ganz uneigennützig und selbstlos ist also die betätigte Sympathie mit den Streikenden nicht. Davon abgesehen, daß eine arbeiterfreundliche Schwalbe noch lange keinen Sommer macht, in dem die kapitalistische Ausbeutung schmilzt wie der Schnee an der Sonne.

Der Kampf der Blusenmädchen, die meist eingewandert und unorganisiert sind, hat den tatkräftigsten Beistand der sozialistischen Frauen New Yorks gefunden. Überall, wo es galt zu raten und zu helfen, waren sie auf ihrem Posten. Sie eilten von Versammlung zu Versammlung, weckten Mut und Zuversicht in den Reihen der Kämpfenden und feuerten die Wankelmütigen an. Zwei Tage vor Weihnachten veranstalteten sie ein Fest, zu dem sich Tausende von Streikenden einfanden, um bei Spiel und Tanz, bei hellem Lichterglanz und sozialistischen Ansprachen sich von den Sorgen und Nöten des Tages zu erholen. Genossinnen, die in Wort und Schrift für die Befreiung der Arbeiterklasse wirken, empfangen und bedienen die Gäste. „The Call“ widmete dem Kampfe eine Extraummer in jüdischer und italienischer Sprache, den Nationalitäten entsprechend, die unter den Blusenmädchen am zahlreichsten vertreten sind. Der Erlös für diese Nummer, die die Ursachen und den Verlauf des Kampfes schilderte und Polizei- und Richterwillkür festnagelte, floß in die Streikliste. Die Gewerkschaften haben den Mädchen, welche von den Richtern ins Gefängnis oder Arbeitshaus geschickt worden sind, in Anerkennung der Dienste, die sie der Arbeiterklasse geleistet haben, ein besonderes Ehrenabzeichen gestiftet. Im Herzen des Proletariats, in der Geschichte der Arbeiterbewegung werden sie, wie alle die Unbekannten, Ungenannten nicht vergessen sein, die durch ihren Opfermut und ihre Solidarität dazu geholfen haben, daß dieser große und merkwürdige Kampf mit dem Siege des Arbeiterinnenrechts geendet hat. ed.

## Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Im Süden Sachsens fanden für die Verbände der Holzarbeiter, Brauer und Brauereiarbeiter, Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen im Dezember in diesen Orten Betriebs- und öffentliche Versammlungen statt: Reuhausen, Bockau, Eppendorf, Deutschneudorf, Dresden (zwei Versammlungen), Kadebeul, Gotta und Löttau. Die Unterzeichnete sprach darin über folgende Thematika: „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“, „Wie wälzen wir die Wirkungen der neuen Steuern auf ihre Urheber ab?“ „Die kulturelle Bedeutung der Gewerkschaften“. Fast alle Versammlungen waren sehr gut besucht, besonders aber die in Bockau und Deutschneudorf. Dort hatte der Holzarbeiterverband noch so gut wie keine Verbindungen, und es galt, sie zu schaffen. Der Versammlung in Bockau ging zu diesem Zwecke eine Hausagitation voraus, der in Deutschneudorf folgte sie. Der Erfolg war so gut, daß nunmehr in beiden Orten mit je 20

Mitgliedern der Grundstein zur Organisation gelegt werden konnte. In dieser Gegend, dem „sächsischen Sibirien“, herrscht eine Not, die geradezu aufreizend die Unvernunft und Gemeingefährlichkeit der „göttlichen Weltordnung“ predigt. Der bestbezahlte Holzarbeiter bringt wöchentlich nicht mehr als 12 bis 15 Mk. heim. Davon sollen bei den teuren Preisen aller Lebensbedürfnisse und den hohen Steuern oft 5 bis 9 Kinder ernährt werden. Wehe, wem es unter solchen Umständen nicht gelingt, seine Steuern zu bezahlen! Die kommunale Steuerbehörde setzt ihn unfehlbar auf die Schwarze Liste, die in allen Wirtschaftshäusern anhängt. Kein Wirt darf sich erlauben, dem Steuerrestanten etwas einzuschenken. Diese mittelalterliche Bestimmung wird mit aller Strenge gehandhabt. Ein Arbeiter, den das Glend auf die Liste gebracht hatte und dem ein Wirt einen Trunk reichte, erhielt einen Tag Gefängnis. „Ich habe die Steuer bezahlt, sobald ich konnte,“ erzählte er mir, „und nun bin ich hier.“ Es kommt nicht selten vor, daß dank der Schwarzen Liste für Steuerrestanten Arbeiter den Versammlungen fernbleiben müssen. Die Not wird so zum Mittel, die Armen der Armen in ihrer bürgerlichen Bewegungsfreiheit, in der Ausübung ihrer Rechte zu beschränken. — Die Betriebsversammlung in Kadebeul war hauptsächlich für die Arbeiterinnen der Färberei und Wäscherei von Kelling bestimmt. In ihr wurden höchst verbesserungsbedürftige Arbeitsbedingungen ans Licht gezogen, von denen noch zu sprechen sein wird. M. Bäckwitz.

Im Auftrag des Vorstandes der Landesorganisation für das Herzogtum Anhalt unternahm hier im Monat Dezember Genossin Reize-Begejack eine Agitationstour, welche einen recht erfolgreichen Verlauf hatte. In Anhalt I sprach Genossin Reize in Dessau, Köpflu, Coswig, Zerbst, Zehnis, Alten, Kleinkühnau und Pötnitz; in Anhalt II in Bernburg, Cöthen, Rieburg, Leopoldshall, Heddingen, Neundorf und Preußlich. Fast alle Versammlungen waren sehr gut besucht. Die Referentin behandelte das Thema: „Der Steuerraub am Volke und die Stellung der Arbeiterfrauen dazu“. Genossin Reize ließ es natürlich nicht nur bei der Kritik bewenden, die das schamlose Attentat auf die Taschen des Volkes, genannt „Finanzreform“, verdient. Sie gab vornehmlich den Arbeiterfrauen wertvolle Fingerzeige, was von ihnen getan werden muß, um in Zukunft von ähnlichen Steuerausplünderungen verschont zu bleiben. Daß die Aufforderung zum Beitritt in die Organisation von der Referentin mit guten Gründen gestützt wurde, beweist der erfreuliche Umstand, daß insgesamt 270 Neuaufnahmen in die Parteioorganisation erfolgten. Die Zahl der weiblichen Parteimitglieder in Anhalt, die am Schlusse des letzten Parteijahres bereits 1200 betrug, ist damit abermals um ein Beträchtliches gestiegen. Daß Parteisekretariat wendet der Agitation unter den Frauen große Aufmerksamkeit zu und wird auch dafür Sorge tragen, daß die neugewonnenen Genossinnen zu überzeugten Mitkämpferinnen herangebildet werden. M. G.

Berlin. In einer überfüllten öffentlichen Frauenversammlung, in der auch zahlreiche Männer anwesend waren, sprach Genossin H. Schlesinger-Gastke aus Wien über „Die Frau im Klassenkampf“. In eingehender Darlegung schilderte die Vortragende, wie schwer die organisierte Arbeiterklasse Österreichs gegen Pfaffen- und Junkerherrschaft zu kämpfen hat, wie dieser Kampf noch erschwert wird durch den Nationalitätenhader, der auch in die Reihen der Arbeiter Uneinigkeit hineintrage, von der allein die Herrschenden Vorteil haben. Sie gab darauf ein Bild von der proletarischen Frauenbewegung Österreichs, die gute Fortschritte macht, trotz der großen Macht, die „Nesse und Weichtstuhl“ auf Geist und Gemüt besonders der Frauen ausüben. Auch in Österreich ist der unterdrückten und entrechteten Frau in dem aufgeklärten Arbeiter ein Helfer entstanden, dem die volle Erkenntnis dafür ausgegangen ist, daß, solange die Frau anspruchlos, demütig, mit einem Worte rückständig bleibt, sie die rechtlose und bedrückte Lage des gesamten Proletariats verlängern hilft. Die Arbeiterinnenmutter muß im kapitalistischen Wirtschaftssystem dieselben Berufe erfüllen wie die nicht gewerblich arbeitende Frau früherer Zeiten, aber heute muß sie außerdem noch verdienen helfen. Sie kann ihre Kinder nicht erziehen, weil sie keine Zeit hat und ihr die nötigen Kenntnisse fehlen. Genossin Schlesinger wies besonders auf die Tatsache hin, daß vor allem das gute Beispiel der Eltern vorbildlich auf die Kinder des Proletariats wirken muß, daß das Beispiel die einzige Erziehung ist, die den meisten von ihnen zuteil wird. Aber wir brauchen heute mehr als nur für ihre Kinder sich aufopfernde Mütter, die vor lauter Arbeit aufhören, Menschen zu sein, die zu stumpfen Arbeitsmaschinen werden. Wir brauchen Frauen, die wissen, was die Gegenwart von ihnen fordert, auf daß ihren Kindern eine bessere Zukunft werde; Frauen, die sich um die

Vorgänge in der Öffentlichkeit kümmern, sich den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen anschließen und damit aufgekärte Klassenkämpferinnen werden. Solche Frauen werden ihren Kindern als einziges Erbe das hinterlassen können, was sie brauchen, um aus dem tobenden Klassenkampf als endliche Sieger hervorzugehen: Aufgehelltes Hirn, gereifte Erkenntnis, kräftige Organisation! Nicht endemwollender Beifall lohnte die begeisterten Ausführungen der Rednerin.

**Das politische Erwachen der Frauen im Mansfelder Bergrevier** ist eine begrüßenswerte Folge des dortigen Kampfes zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern. Es trat in all den Versammlungen gutgute, die in der Gegend von den Genossinnen Fahrenwald, Sperling und der Unterzeichneten abgehalten wurden. Eine Freude war es, in dem Revier tätig zu sein. Überfüllte Versammlungen, Begeisterung für die gerechte Sache der Knappen, fester Wille, im Ringen um Menschenwürde und Menschenrecht nicht nachzulassen: das erfreute die tätigen Genossinnen überall. Als die Arbeiterbevölkerung des Reviers die brutalste Macht des Kapitals kennen lernte, als sie spüren mußte, daß der Staat nicht ein Schutzherr der Armen, daß er der Nachwächter der Reichen ist, da ist es ihnen wie Schuppen von den Augen gefallen. Mußte es nicht aufklären, als während des Streiks fast das entsetzliche Wort vom Schießen auf Vater und Mutter wahr geworden wäre? Denn eigenes Fleisch und Blut war es, das bis an die Zähne bewaffnet zum Schutze des heiligen Selbsts in das Mansfelder Gebiet kommandiert worden war. Kann man sich einen größeren Frevel denken? Zum Glück haben die Knappen mehr auf die Parole der Gewerkschaftsführer und Genossen gehört, als auf die Provokationen ihrer Feinde geachtet. So bekam das Militär so gut wie nichts zu tun. Zweimal allerdings mußte es das Vaterland vor dem Umsturz retten, der das eine Mal in Gestalt eines Dienstmädchens, das andere in der einer jungen Frau drohte, die — etwa mit Axt, Küchenmesser oder der berühmten Petroleumkanne ausgezogen waren? o nein — die vor Schaufenstern standen, um sich die Waren zu betrachten. Was doch nicht alles gefährlich werden kann! Von fünf Soldaten mit aufgepflanztem Bajonett wurden die Missetäterinnen vom Schauplatz ihrer Schandtatzen entfernt, ein Vollbringen, das fast so verdienstvoll ist wie das Klopfen der Teppiche einer Frau Hauptmann oder Major. Nebenbei: wenn die „von Gott geordnete“ militärische Obrigkeit die weibliche Kraft so hoch einschätzt, daß fünf bewaffnete Männer zur Abführung einer Frau notwendig sind, dann sollten auch die Frauen selbst sich höher werten, sollten wissen, daß sie Kräfte haben, die sie zum eigenen Besten und zum Wohle aller Ausgebeuteten und Unterdrückten in den Kampf einsetzen müssen. Daß die Frauen des Mansfelder Reviers einen Anfang zu dieser Erkenntnis gemacht haben, empfand die Unterzeichnete überall, wo sie referierte; es war dies in den Orten: Altleben, Ermisleben, Eisleben, Erdeborn, Wolferode, Welfter, Wornstedt, Klostermansfeld, Teutschental und Schraplau. Stärker noch als in dem Andrang zu den Versammlungen und der stürmischen Zustimmung zu dem Vortrag kam die neue Erkenntnis in den zahlreichen Beitrittserklärungen zur sozialdemokratischen Partei und dem Abonnement auf ihre Presse zum Ausdruck. Freilich: es gab auch Leute, denen die Versammlungen nicht paßten. In Wornstedt zum Beispiel äußerte der überwachende Bürgermeister nach dem Schluß der Veranstaltung, „es sei doch zu derb gesprochen worden“. Als ob es Worte geben könnte, die zu stark für all das Unrecht gewesen wären, das der Mansfelder Arbeiterbevölkerung, das durch den Steuerraubzug der ganzen deutschen Arbeiterklasse angetan wurde! Hiedete dieses Unrecht nicht selbst mit feurigen Zungen? Des weitern wollte es dem Herrn nicht recht in den Kopf, „daß auch Männer gesprochen hätten, obwohl es eine Frauenversammlung gewesen sei“. Dem Wirte waren so viele „Nöte“ im Saale sicher nicht angenehm — sie verzehrten zu wenig. Als ob sich aus einem schmalen Beutel viel ausgeben ließe! Der Mann, ein früherer Feldwebel, will sein Lokal nicht wieder für Versammlungen hergeben. Sei es! Mögen aber auch die Arbeiter den richtigen Schluß aus seinem Verhalten ziehen und ihre paar Pfennige dorthin tragen, wo sie gern gesehen sind. Nicht in allen Orten, wo unsere Agitation einsetzte, ist die Industrie beziehungsweise der Bergbau vorwiegend. Es mußte daher auch mit ländlicher Bevölkerung gerechnet werden. Auch sie beginnt sich zu regen. In mancher Versammlung haben mir arme Gutsarbeiterinnen unter Tränen ihre bedrängte Lage geschildert und bestätigt, wie zutreffend sei, was die Sozialdemokraten darüber und über die Mittel zur Verbesserung sagen. Die Arbeit und das Vordringen der jungen Landarbeiterorganisation macht sich in der Gegend fühlbar. — Obgleich im Mansfelder Bergrevier das Kapital äußerlich gesiegt hat, werden die Herren Dividendenschlucker und ihre Katalien

nicht lange Freude an diesem Sieg haben. Herr Dr. Arndt, der Freund und warme Verteidiger des rühmlichst bekannten Kolonial-Peters, wird bald vergebens Ausschau nach dem früheren Heer reichstreuer, nichtmuckender Knappen halten. Die Aufklärung, die der Kampf gebracht hat, kann weder durch die Sperre, noch durch „Strafentlohnung“ wieder aus den Köpfen geprügelt werden. Das Feld für weitere Belehrungs- und Bekehrungsarbeit liegt offen. Unser aller Aufgabe muß es sein, die sozialistischen Ideen darauf zu säen und sorgsam die Saat zu pflegen, damit sie der Ernte entgegenreife. Verta Pollender.

**Jahresbericht über die sozialdemokratische Frauenorganisation in Offenbach.** In gutbesuchter öffentlicher Frauenversammlung referierte Anfang Januar Genossin Selinger-Wulfrath über das Thema: „Was muß die Frau vom Staate verlangen?“ Die Ausführungen der Rednerin wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen, eine Diskussion knüpfte sich an den Vortrag nicht. In der darauf folgenden Mitgliederversammlung erstattete Genossin Peine den Jahresbericht. Er gibt im ganzen das Bild einer erfreulichen Aufwärtsbewegung. Die Frauenagitationskommission hat eine sehr rege Tätigkeit entfaltet. Es wurden abgehalten: 7 Sitzungen der Kommission, 4 Mitglieder-, 2 öffentliche und 12 Bezirksversammlungen. Als Redner waren tätig die Genossen Rink, Schmitt, Bruhnß und Ulrich, sowie Genossin Wackwitz. Die Versammlungen waren mit einer einzigen Ausnahme gut besucht. Eine neue Einrichtung waren die Bezirksversammlungen. Durch die Einteilung der Stadt mit Bürgel in Bezirke soll den Frauen Gelegenheit geboten werden, ohne viel Zeitverlust und lange Wege sich in periodischen Zusammenkünften Belehrung zu verschaffen. Es ergingen zu den Bezirksversammlungen viertausend Einladungen, außerdem wurde eine umfassende Hausagitation durch Genossinnen vorgenommen. Alle diese Veranstaltungen brachten ein beachtliches Resultat, nämlich einen Zuwachs von 118 weiblichen Mitgliedern für den Parteiverein. Ferner wurden für die Mitglieder der Agitationskommission Diskussionsabende abgehalten, an denen auch andere Genossinnen teilnahmen. Zur Kreisconferenz wurden die Genossinnen Blöser und Peine, zur Landesconferenz ward Genossin Frank gewählt. In den Kreisvorstand wurde Genossin Peine delegiert. Bis zum Jahre 1907 war von einer Frauenorganisation in Offenbach kaum die Rede, wie aus den nachstehenden Ziffern zu ersehen ist. Von den 265 Genossinnen, die Anfang Januar dem Sozialdemokratischen Verein Offenbach angehörten, sind der Partei von 1898 bis 1907 inklusive nur 50 Genossinnen, 1908 aber 102 und 1909 118 beigetreten. Der Erfolg wird die Genossinnen zu weiterer Agitation mächtig anspornen. Nur 13 Frauen haben im Laufe des letzten Jahres der Organisation wieder den Rücken gekehrt, 9 sind fortgezogen, 2 gestorben. Für den geringen Beitrag von 25 Pf. monatlich erhalten die Genossinnen die „Gleichheit“ umsonst zugestellt und haben zu allen Parteiveranstaltungen Zutritt. — Am Schluß des Vorjahres waren in der Kasse der Agitationskommission 81,97 Mk. Kassenbestand vorhanden, dazu kam Zuschuß vom Kartell 34 Mk., vom Sozialdemokratischen Verein 66 Mk., zusammen gleich 181,97 Mk. Die Ausgaben betrugen 175,81 Mk., so daß am Jahres-schluß 1909 ein Kassenbestand von 6,68 Mk. vorhanden war. Genossin Peine bemerkte am Schluß ihres Berichtes, die Kommission glaube ihre Pflicht erfüllt zu haben, sie erwarte auch im neuen Jahre die energische Unterstützung durch die Genossinnen. Eine Diskussion fand nicht statt. Die bisherigen sieben Mitglieder der Frauenagitationskommission wurden einstimmig wiedergewählt. Hoffentlich schließt das laufende Jahr mit einem ähnlichen Zuwachs an Mitgliedern wie das vergangene. F.

**Von der Dresdener Kinderschuttkommission.** Die Dresdener Kinderschuttkommission hat zu Beginn des vergangenen Sommerhalbjahres durch Veranstaltung von Kinderausflügen das Gebiet ihrer Tätigkeit erweitert. Sie hofft, damit wieder einen Schritt vorwärts getan zu haben zum besseren Schutz der proletarischen Kleinen. Wie not dieser tut, beweisen die verschiedensten Tatsachen. Im „Jahrhundert des Kindes“ werden die sich anfangs vorigen Jahres eingeführten Jugendgerichtshöfe mit Fällen überhäuft. Trotz der scheinbaren Bemühungen der bürgerlichen Gesellschaft für die Erziehung sitzen an jedem Verhandlungstag eine Anzahl Kinder auf der Anklagebank, fast ausschließlich Proletarierkinder, deren Vergehen meist eine unvermeidliche Folge der Verhältnisse ist, in denen die Armsten leben und verderben müssen. Eine Kinderschuttkommission hat nun gewiß die Aufgabe, das Kind vor Ausbeutung durch den Arbeitgeber zu schützen und einzugreifen, wenn es vor dem Richter steht, um seine Strafe zu mildern oder sein späteres Fortkommen zu erleichtern. Es darf ihr aber nicht genügen, erst nachträglich für das Kind einzuspringen, wie es die

bürgerlichen Frauen bei jeder Gerichtsverhandlung tun. Nein! „Die Gelegenheit macht Diebe.“ Bewahren wir das Kind vor dem Elend der Straße, vor den Gefahren schlechter Gesellschaft! Sorgen wir dafür, daß das Kind unter feinesgleichen eine Stätte findet, wo die Gelegenheit zum Verkommen, zum Verbrechen fehlt, wo es dagegen Förderung zur Entwicklung seiner guten Eigenschaften und schlummernden Kräfte findet. Die Kinderschuttkommissionen sollten in dieser Beziehung den Interessen des Kindes noch weit mehr gerecht werden. Das sind die Erwägungen, die die Dresdener Genossinnen zu der oben erwähnten Erweiterung ihrer Tätigkeit geführt haben. Auf ihren Ausflügen und besonders auf ihrem letzten Kinderfest sahen sie in den freudestrahlenden Gesichtern der Kinder, daß ihre Absicht — bewahren, statt zu beklagen — von Erfolg gekrönt wird. Sie glauben, durch solche Veranstaltungen vielen Eltern für kurze Zeit die Sorge um die Kinder erleichtert zu haben. Sie hoffen, daß manch schlechter Keim in einzelnen Kleinen erstickt wurde: die körperliche Betätigung bei fröhlichem Spiel, das Wandern unter freundlicher Aufsicht, mit gut veranlagten Gefährten zusammen, der Gesang von Volksliedern, das Vortragen von Gedichten bei Festen, das den Proletarier schon früh an ein ruhiges, sicheres Auftreten vor vielen gewöhnen soll, all das hat unstreitig erzieherisch gewirkt. Als der erste Ausflug der Kinderschuttkommission durch Agitation von Person zu Person vorbereitet war, waren 14 Kinder zur Beteiligung gemeldet. Beim zweiten Ausflug und nach Bekanntgabe in der Zeitung wuchs die Zahl auf 70, beim dritten auf 96 und zuletzt zählten wir jedesmal 150 bis 180 Kinder. Diese Steigerung ist gewiß ein Zeichen dafür, daß die Eltern den Wert der Ausflüge erkennen. Die Genossinnen wanderten jeden Dienstag nachmittag mit den Kindern in die Dresdener Heide. Unterwegs wurde gesungen, irgendwo auf einer Lichtung im Walde wurde dann gespielt: Reigen und Kreisspiele mit den Mädchen; Fußball, Sackspringen, Versteck mit den Jungen, denen sich auch ein Genosse während seiner Ferien widmete. Während der heißen Sommertage unternahmen wir eine Partie nach dem nahegelegenen Bilz-Licht-Luftbad oder fuhren mit 125 Kindern in zwei Straßenbahnwagen nach der Löbnitz, wo sich noch 30 Kinder aus den westlichen Vororten anschlossen. Die Ausgaben für diese Ausflüge, wenn es überhaupt Aufwendungen gibt, sind so gering, daß die Eltern ihre Kinder gern mitbringen. Sie stellten sich auf 30 Pf. für die Fahrt hin und zurück und 10 Pf. Eintrittsgeld in das Bad. Wie beliebt die Ausflüge bei den Kindern sind, erfuhren die Genossinnen, als sich später, an einem sehr kalten, regnerischen Tage, für den ein Ausflug nach Ullersdorf in die Marienbäder angezeigt worden war, frühmorgens 160 Teilnehmer einstellten. Sie wurden heimgeschickt, doch war das Drängen vieler nach einem Hin aus so groß, daß wir noch am selben Tage mit 68 nach Ullersdorf mußten, wo sie bei etwas aufgeklärtem Wetter fröhliche Stunden im Ruderboot, im Bad und an den Turngeräten verlebten.

Gleichsam den Abschluß der Sommerveranstaltungen bildete während der Herbstferien ein Kinder-Sommerfest, das in einem mittelgroßen Saale mit anschließendem Garten abgehalten wurde. Wochenlang vorher erzählten sich die Kinder schon von den Tänzen und Reigen, den Gesängen, Vorträgen und Gruppenstellungen, von den Kuchen und dem großen Stollen, kurz von allem, was sie erfreuen und erheben sollte. Gegen geringes Entgelt erhielten die Kinder Karten, die zu Kaffee und Kuchen berechtigten; eine Sammlung unter den Genossinnen ermöglichte es, Kinder ganz armer Eltern unentgeltlich an Feste und seinen Freunden teilnehmen zu lassen. Der Zug durch die Stadt gestaltete sich zu einer kleinen Demonstration; denn wider Erwarten war die Zahl der beteiligten Kinder auf 300 gestiegen. Das Fest verlief überaus schön. Um die Freude der Kinder und die Wirkung der Veranstaltung auf sie zu begreifen, muß man ihr beigewohnt haben. Wie strahlten die Gesichter, wenn ein Knirps von Jungen oder Mädchen ein Gedicht vorträgt, wenn gesungen wird, wenn einige Mädchen einen schönen Reigen aufführen, während eine kleine Pianistin das anmutige Spiel ihrer Glieder mit Musik begleitet. Die Kinder sind ganz Auge, ganz Ohr, um dann wieder in Jubel auszubrechen, und wie fühlen sich die kleinen Mitwirkenden gehoben.

Diese Veranstaltungen haben sicher die beste Wirkung auf die Kinder gemacht, und wir sind überzeugt, daß sie im nächsten Sommer, soweit sie noch schulpflichtig sind, alle gern unserm Ruf folgen werden. Dank unserem Einfluß werden sie wissen, wohin sie gehören, wenn sie die Schule verlassen. Allen Genossinnen, die unabhängig sind, die keine Kinder haben oder über genügend freie Zeit verfügen — wir denken dabei besonders an die Frauen der Partei- und Gewerkschaftsbeamten —, möchten wir dringend ans Herz legen, sich eifrig der Kinderschuttbewegung zu widmen. Sie

bietet den organisierten Genossinnen ein weites Arbeitsfeld, dessen Bestellung Geist und Herz erhebt, für die Betätigung der Frauen wie geschaffen ist und die aufgewendete Mühe reichlich lohnt.

Auguste Lewinson.

### Politische Rundschau.

Die letzten Wochen haben die preußische Wahlrechtsfrage energisch in den Vordergrund der politischen Probleme geschoben. Am Sonntag den 18. Januar haben die Proletarier Preußens in allen Teilen des Landes in einer eindrucksvollen Massenversammlungsdemonstration ihren Willen bekundet. Sie erhoben Protest gegen die Verschleppung der Reform, gegen die Verheimlichungspolitik der Regierung, die den fertigen Entwurf ihrer Wahlrechtsänderungsvorlage vorsichtig in der Tasche behält und ihn bis Mitte Februar der öffentlichen Kritik entziehen will; sie erhoben Protest vor allem gegen den Entwurf selber, der nach allem, was bisher über ihn verlautet hat, ein wahres Monstrum sein muß. Straßendemonstrationen haben sich den Versammlungen nicht angeschlossen — nur einige Orte machten eine Ausnahme —, indes ist kein Zweifel darüber gelassen worden, daß das Proletariat die Versammlungen nur als die Einleitung des Kampfes ansieht.

Die Kundgebung richtete sich auch gegen die dürftige Thronrede, die den preußischen Landtag eröffnete. Eine Rede, die gerade zum Schlusse noch einen einzigen nichtsagenden Satz für die brennendste politische Frage der Zeit übrig hatte. Noch nichtsagender war die Antrittsrede des neuen Ministerpräsidenten im Abgeordnetenhaus. Sie enthielt kein Wort von Politik, sondern war eine bloße Höflichkeitsbezeugung vor den Erwählten des Dreiklassenparlamentes und entsprach ungefähr der Antrittsrede des neugewählten Präsidenten eines Statklubs.

Herr v. Bethmann-Hollweg scheint den Unterschied gegen die Ara Bülow — die Zeit der vielen Reden und des Kokettierens mit angeblich leitenden politischen Ideen — durch demonstrative Zurückhaltung martieren zu wollen, sowie durch Schweigen über alles, was wie eine leitende Idee, wie ein Programm aussehen könnte. Den Reichstag hat er seit seiner mageren Antrittsrede, worin er seine Programmlosigkeit beteuerte, noch nicht wieder betreten. Den Staatssekretären überließ er die Vertretung der Reichsregierung bei den Interpellationen über die Rattowitzer Beamtenmaßregelungen, über die Haltung der Behörden zum Mansfelder Bergarbeiterstreik, über die Unterstützung der geschädigten Tabakarbeiter, über die Ausführung des Vereinsgesetzes. Aber was er den Erwählten des allgemeinen Wahlrechts bietet, das wagt er den Ausserkorenen des Dreiklassenrechts gegenüber nicht. Die Rattowitzer Interpellation im Abgeordnetenhaus hat er persönlich beantwortet.

Die Rattowitzer Beamtenmaßregelungen sind eine flagrante Verletzung der Wahlfreiheit und der staatsbürgerlichen Rechte der Beamten. Einige dem Zentrum angehörige Beamte, unter anderen mehrere Lehrer, sind „im Interesse des Dienstes“ in andere Orte versetzt worden, weil sie in der Stadtverordnetenstichwahl für die mit dem Zentrum verbündeten Polen gestimmt haben. Das öffentliche Wahlverfahren gibt für solche Maßnahmen die geeignete Handhabe, weshalb es auch von den Junkern und der Regierung energisch verteidigt wird. Das Zentrum ist natürlich erbozt ob dieser Maßregelungen; wie wenig es aber Anspruch hat, sich als Verteidiger der Wahlfreiheit aufzuspielen, zeigt gerade das Auftreten seines Redners in der Verhandlung. Er begnügte sich nicht mit einem Protest gegen den Regierungsterrorismus, sondern benützte die Gelegenheit auch zur Beschwerde darüber, daß ein liberaler Oberlehrer ohne böse Folgen im Bureau einer Ferrer-Versammlung sitzen konnte, die bekanntlich ein Angriff auf die heilige katholische Kirche und die Religion gewesen sein soll. Natürlich hat diese Denunziation prompt den Erfolg, daß nun auch der liberale Lehrer noch gemahregelt wird! Überhaupt benützt das Zentrum jetzt jede Gelegenheit, um über Angriffe auf die katholische Kirche, über einen neuen Kulturkampf zu zetern. Das erscheint ihm als das beste Mittel, die über seinen Verrat bei der Reichsfinanzreform empörten Anhänger auf andere Gedanken zu bringen. Wenn die Schäflein an eine Bedrohung der Religion glauben, so geht die Spekulation des Zentrums, so werden sie trotz aller Erbitterung über die Politik dieser Partei in weltlichen Dingen doch wieder geduldig in die alten Hürden zurückkehren. Deshalb war dem Zentrum auch ein Streit gar nicht unerwünscht, der zwischen der elsass-lothringischen Regierung und den reichsständischen Bischöfen wegen der Rechte über die Lehrer ausbrach — die Bischöfe hatten die Lehrer in der überlebenden Sprache des Vorgesetzten vor dem Eintritt in den „religionsfeindlichen“ deutschen Lehrerverein gewarnt. Indes ist es dabei nicht

auf seine Kosten gekommen, denn die reichsländische Regierung hat gar bald den Rückzug angetreten.

Natürlich wurde die preussische Beamtenmaßregelungs- und Polenresserpolitik sowohl im Reichstag wie im preussischen Landtag nicht bloß von den Junkern, sondern auch von den Nationalliberalen eifrig verteidigt. Der Freisinn trat für die Wahlfreiheit ein, am tiefsten aber gruben die sozialdemokratischen Redner: im Reichstag Südekum, der den Zusammenhang mit der preussischen Wahlrechtsfrage ausdeckte, besonders aber im Landtag Liebknecht, der in seinen Ausführungen, deren bittere, verächtliche Schärfe diesem Parlament angemessen war, die Maßregelung als nur einen kleinen Ausschnitt des Terrorismus zeigte, den die preussische Junkerbureaucratie auf allen Gebieten ausübt.

Vorjähre gegen die arbeiterfeindliche Praxis der Behörden waren die sozialdemokratischen Interpellationen wegen der Unterstützung der Tabakarbeiter und der Vorgänge im Mansfelder Streikrevier. Die Regierungsvertreter fanden natürlich alles in bester Ordnung. Dem neuen Kriegsminister, der seine erste Rede im Parlament hielt, schien es ganz selbstverständlich, daß die Truppen mit Maschinengewehren gegen die Streikenden ausrückten. Daß die süßen Arbeitswilligen mit Säbel und Gewehr vor Belästigungen geschützt werden müssen, unter Umständen auch dreingehauen und gestochen werden muß, das versteht sich für ihn auch ohne weiteres. Die Debatte, in der unsere Genossen Sache und Kunst die Arbeiterfrage energisch führten, bot ein neues Moment. Die Arbeiterfeinde der Rechten, die rücksichtslos dafür eintraten, daß die Unternehmer das Koalitionsrecht der Arbeiter zerstampfen dürfen, erhielten Sutturs vom Zentrum. Als Sprecher dieser Partei trat nämlich der Führer der katholischen Fachvereiner, der Gegner der christlichen Gewerkschaften, Dr. Fleischer, auf. Er redete dermaßen gegen die kämpfenden Arbeiter, daß sein Fraktionskollege Wiesberts sich beeilte, in einer persönlichen Bemerkung jede Gemeinschaft mit den Ausführungen des Herrn abzulehnen. Indes wird Herr Wiesberts deswegen doch in der Fraktions- und Parteigemeinschaft mit dem Streikbrecherhauptidee Dr. Fleischer bleiben. Dieser hatte bei seiner arbeiterfeindlichen Rede bezeichnenderweise den lebhaftesten Beifall der Zentrumsfraktion gefunden, während Wiesberts Verwahrung von seinen Parteigenossen mit eifrigem Stillschweigen aufgenommen wurde.

So offenbart sich gelegentlich trotz aller Vorsicht und Schlaueit der im Grunde arbeiterfeindliche Charakter des Zentrums. Eine ungläublich verlogene Agitation soll das den Arbeiterwählern wieder verdeutlichen. Wie diese mit den erbärmlichsten Mitteln arbeitende Agitation die niedrigsten Instinkte aufwühlt, das haben unsere Genossen jetzt Gelegenheit bei der Wahlagitation im rheinischen Reichstagswahlkreis Mühlheim a. Rh.-Wipperfurth-Gummerbach zu beobachten. Das Zentrumsblatt fordert seine Leser zur Verprügelung der sozialdemokratischen Flugblattverteiler auf, und daß es zur Praxis dieser rohen Lösung noch nicht gekommen ist, ist nur der Zurückhaltung und Besonnenheit unserer Genossen zu verdanken, sowie dem Umstand, daß sie in größerer Anzahl ihre Arbeit verrichten. Gefährliche Bedrohung und Verhöhnung der Flugblattverteiler, Entwendung und Verbrennen größerer Mengen von Flugblättern sind an der Tagesordnung. Indes treten in diesem Wahlkreis auch schon Anzeichen auf, daß es unter den Arbeiterwählern des Zentrums gärt. In einer Versammlung zu Engelskirchen forderte ein Vertreter der christlich-nationalen Arbeiter vom Zentrums kandidaten Oberlandesgerichtsrat Marx, daß er für die Beseitigung des § 158 der Gewerbeordnung eintrete, der Ausnahmefestimmungen gegen die streikenden Arbeiter enthält, sowie daß der Kandidat sich verpflichte, bei einer künftigen Reichsfinanzreform nur direkte Steuern zu bewilligen. Aber Herr Marx lehnte eine klipp und klare Antwort ab: auf den ersten Punkt will er sich nicht festlegen, beim zweiten von Fall zu Fall entschieden wissen. Die Arbeiter waren davon nicht befriedigt. Ein christlicher Arbeiter, der gleiches Wahlrecht in Preußen und Neueinteilung der Wahlkreise forderte, erhielt auf eine Anfrage nach der Stellung des Kandidaten überhaupt keine Antwort. Sehr kennzeichnend für das Zentrum ist auch, daß es im bayerischen Landtag anlässlich der Erhöhung der Biersteuer den sozialdemokratischen Antrag auf Entschädigung der arbeitslos werdenden Brauereiarbeiter ablehnte. Der Abgeordnete Sped erklärte ganz kühl, seine Fraktion habe sich im Reichstag bei Beratung der Finanzreform grundsätzlich auf den Standpunkt gestellt, daß Entschädigungen an Arbeiter nicht gewährt werden sollen, die infolge der Steuergesetze arbeitslos werden. Bei den Tabakarbeitern habe man eine Ausnahme gemacht, weil es sich zumeist um kranke, schwächliche und halbvalide Menschen handle. Für weitere Ausnahmen werde aber das Zentrum nicht eintreten!

Die preussische Polizei ist eifrig auf dem Feldzug gegen die Jugendorganisation, und Schule wie Handwerkerorganisationen leisten ihr ebenso eifrig Gefolge. Die Berliner Freie Jugendorganisation ist aufgelöst worden, weil sie angeblich ein politischer Verein ist — jüst zu selbiger Zeit, da ein „nationaler“ Jugendverein zu Potsdam sich unangefochten einen Vortrag über Weltpolitik halten läßt!

In England geht in diesen Tagen der Wahlkampf zu Ende. Die bisherigen Teilergebnisse zeigen ein starkes Vordringen der Konservativen und Schützöllner — die Liberalen haben bislang 81 Sitze weniger als ihre Gegner. Es ist zweifelhaft, ob sie auch nur im Bunde mit der Arbeiterpartei eine Mehrheit zusammenbringen; möglich ist, daß sie auf die Unterstützung der im Punkte des Budgets und des Freihandels unzuverlässigen Freen angewiesen sind. Die Bedeutung dieser Schwächung des englischen Liberalismus wird nach Abschluß des Wahlkampfes zu würdigen sein. Die Arbeiterpartei hat sich bis jetzt im Mandatsbesitz behauptet, ob sie der schützöllnerischen Welle ohne Einbuße widerstanden hat, müssen erst die Stimmzahlen zeigen. H. B.

### Gewerkschaftliche Rundschau.

Der kapitalistischen Produktion gliedert sich in steigendem Maße die Frauenarbeit ein. Wie die Zahl der jugendlichen Arbeiter, so nimmt auch diejenige der Arbeiterinnen stetig zu, die in der Industrie beschäftigt werden. Das ist auch wieder 1908 der Fall gewesen, während die Zahl der erwachsenen männlichen Arbeiter in diesem Jahre nicht unwesentlich im Vergleich zum Vorjahr gesunken ist. Nach den nunmehr vollständig vorliegenden Berichten der Gewerbeinspektoren beschäftigten die Anlagen, die ihrer Aufsicht unterstehen:

	1906	1907	1908
Erwachsene Arbeiter . . . . .	4364255	4538548	4520066
Erwachsene Arbeiterinnen . . . . .	1095899	1145535	1150093
Jugendliche Arbeiter . . . . .	413654	436182	440255
Kinder . . . . .	10947	13054	12062
Überhaupt	5884655	6128319	6122416

Die erwachsenen Arbeiter stellen somit 73,8 Prozent der gesamten inspektionspflichtigen Arbeiterschaft, die Arbeiterinnen 18,8 Prozent und die jugendlichen Arbeiter 7,2 Prozent. Wie männlich bekannt ist, treibt nicht die pure Menschenfreundlichkeit unsere Herren Unternehmer dazu, die weibliche Arbeitskraft zu bevorzugen. Durchgängig erhalten die Arbeiterinnen noch miserable Löhne, die meist um vieles niedriger sind als der Verdienst der Arbeiter. Die Billigkeit allein schon macht die weibliche Arbeitskraft den Kapitalisten begehrenswert, von anderen Vorteilen für die Ausbeutung abgesehen. Die Proletarierinnen sollten aber ihre so geschätzte Arbeitskraft nicht zu Spottpreisen verkaufen, sondern aus diesem ihrem einzigen Kapital soviel Zins wie nur möglich schlagen. Das ist ihr gutes Recht, es fragt sich nur, ob sie die Macht haben, es durchzusetzen. Und sie können diese Macht haben, freilich nicht einzeln, wo sie schwach sind, sondern durch den Zusammenschluß in der Gewerkschaft. Er verleiht ihnen Stärke und führt ihre Forderungen, ihr Recht zum Siege. Die Gewerkschaftsorganisation kämpft gegen die schändlichen Löhne an, zu denen heute noch viele unserer Arbeitsschwester ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, sie sichert ihnen höheren Verdienst. Diese segensreiche Erkenntnis muß in immer weitere Kreise der Arbeiterinnen dringen, sie dort zu verbreiten ist Ehrenpflicht jeder Genossin.

Die freien Gewerkschaften sind wieder im Aufstieg begriffen. Das ist das erfreuliche Fazit einer vorläufigen Zusammenstellung ihrer Mitgliederzahlen vom Jahre 1908. Jeder halbwegs Einsichtige konnte übrigens voraussehen, daß die Zahl der freien Gewerkschafter wieder steigen müsse, sobald die Krise auch nur ein Weniges nachlassen werde. Als die furchtbare Wirtschaftskrise auch den Gewerkschaften Wunden schlug, konnten nur bürgerliche Schmocks ihre Feiler freudig stimmen, um ein Bänkelfängerliedchen vom Niedergang der sozialdemokratischen und terroristischen Organisationen zu singen. Nun müssen die Herren ihre Feiler wieder für einen anderen Song stimmen und vom Terror jammern und wüten, der nach ihnen das Anwachsen der Mitgliederzahlen verschuldet. Später werden sie um einen anderen Schwindel nicht verlegen sein. Bisher liegen nur vergleichende Zahlen vom dritten Quartal vor, und zwar von 88 Verbänden, die eine Mitgliederzunahme von über 9000 aufweisen. Vom Jahresabschluß und den Angaben aller Verbände dürfen wir wohl noch ein günstigeres Resultat hoffen. Nur wenig ist die Krise gewichen, auf manchen Industrien lastet sie fast noch mit der gleichen Schwere

wie seither. Allein trotzdem scheint es, daß die Gewerkschaftsbewegung den toten Punkt überwunden hat, so daß eine Periode neuer Erfolge für sie anhebt.

Anscheinend müssen um das bishen Arbeiterinnenschutz, das die neue Gewerbeordnungsnovelle festlegt, insbesondere für die um eine halbe Stunde verkürzte Arbeitszeit an Sonnabenden und den Vorabenden der gesetzlichen Feiertage erst noch Kämpfe geführt werden. Wie wir schon an dieser Stelle berichteten, sind es namentlich die Unternehmer im graphischen Gewerbe, die die Neuerung arg beschwert. Besonders der Schuhverband für das Steindruckgewerbe will eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung nicht zulassen. Er hat jetzt eine Arbeitsordnung aufgestellt, die diese lächerlich geringe Reform aufhebt. Die Arbeiterinnen erklären sich aber mit gutem Recht gegen die betreffende Bestimmung wie überhaupt gegen die gesamte Arbeitsordnung.

Der Ausstand der Buchdruckereihilfsarbeiterinnen in Dresden ist zurzeit noch nicht beendet. Versuche zu seiner Beilegung sind vom Verband der Buchdrucker und vom Tarifamt des Buchdruckgewerbes gemacht worden. Es handelt sich um die Entscheidung darüber, ob die Buchdrucker tariflich verpflichtet sind, mit geübten Streikbrechern zusammenzuarbeiten. Sie sind nicht gehalten, ungeübte Hilfsarbeiterinnen anzulernen oder Arbeiten des Hilfspersonals zu verrichten. Wohl aber müssen die Obermeister und Lehrlinge anlernen, und die Schilfen müssen mit den so Angelernten arbeiten. Deshalb konnte der Betrieb bei einigen bestreikten Firmen notdürftig aufrechterhalten bleiben.

Der Reichstarif im Malergewerbe ist angenommen worden. Von 16720 Mitgliedern des Verbandes, die an den darüber entscheidenden Versammlungen teilnahmen, haben 8832 für und 6192 gegen die Schiedsprache der Unparteiischen gestimmt. In einer Reihe größerer Städte waren die Maler mit der geringen Lohnaufbesserung nicht zufrieden. In 200 größeren und kleineren Städten, besonders in Süddeutschland, stimmten dagegen erhebliche Mehrheiten dem Tarif zu, weil sie von ihm eine wesentliche Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse erwarten. Mit dem Resultat der Abstimmung dürfte der Friede im Malergewerbe für drei Jahre gesichert sein.

Über das Wirken des Zwangsarbeitsnachweises für die Bergarbeiter des Ruhrreviers kann nach der kurzen Zeit seines Funktionierens noch kein abschließendes Urteil gefällt werden. Soviel ist indessen sicher, daß seine Einführung die Kampfstimmung gefördert hat. Von Seiten der Grubenproletarier wie der Grubenherren wird Vorfrage für einen eventuellen Kampf getroffen. Die Geheurnitter lassen durch Agenten fremde Arbeiter überall anwerben, wo es eine rückständige, bedürfnislose Bevölkerung gibt; sie wollen sich eine arbeitswillige Garde züchten. Die Arbeiter sind ihrerseits bestrebt, einen starken Kampffonds zu sammeln und haben die Losung, Überschichten zu vermeiden. Angesichts der Empörung und Entschlossenheit der Grubenarbeiter dürfte ihren brutalen Ausbeutern mehr als ein Strich durch die Rechnung gemacht werden. Die aus allen Weltgegenden zusammengetrommelten Arbeiter sind nicht Felsen, auf die der Kapitalismus unter allen Umständen und auf die Dauer bauen kann. In stürmischen Zeiten werden auch sie mit fortgerissen, zumal wenn ihnen in der Zwischenzeit der Gedanke der gewerkschaftlichen Organisation nahe gebracht wird. Die moralische und materielle Stärkung der Gewerkschaftsorganisation geht zielbewußt ihren unaufhaltbaren Gang. Der kritische Augenblick wird die Bergarbeiter gerüstet finden. Die vier Bergarbeiterverbände haben in einer gemeinschaftlichen Sitzung Stellung zur Erhebung von Sonderbeiträgen genommen. Die Vertreter des alten Verbandes und die der polnischen Berufsvereinigung erklärten, daß ihre Organisation die Erhebung von Extrabeiträgen bereits beschlossen habe. Dagegen teilten die Vertreter der Christlichen und Hirsch-Dunderschen Verbände mit, daß diese demnächst eine Abstimmung über die Frage vornehmen werden, bei der aller Erwartung nach sich die übergroße Mehrheit der Mitglieder für Extrabeiträge erklären wird. Den prozigen Grubenherren kann somit zu passender Zeit zum Tanze aufgespielt werden.

Der Lohnkampf in der Vogtländischen Schiffstickererei ist mit teilweisem Erfolg für die Sticker beendet. Die noch mangelhafte Organisation der Sticker ließ größeren Erfolg nicht erreichen.

In der Kartonnageindustrie in Plauen und Umgegend bereitet sich eine größere Tarifbewegung vor, an der auch die Arbeiterinnen stark beteiligt sein werden. Die sehr niedrigen Löhne dort schreien förmlich nach Aufbesserung. Die entsprechenden Forderungen wurden den Unternehmern vorgelegt.

Eine Massenlage von Arbeiterinnen und Arbeitern, zusammen etwa 250 an der Zahl, hat das Gewerbegericht in Pech-

hausen zu gewärtigen. Wie wir schon berichteten, hatte dort die Glühfadensfabrik eine Arbeiterin sofort entlassen, weil sie nicht Streikarbeit verrichten wollte. Ihrer Klage auf Lohnzahlung für vierzehn Tage wegen kündigungslöser und unrechtmäßiger Entlassung hatte das Gewerbegericht stattgegeben. Weil die Firma keinen Ersatz für die Streikenden der einen Abteilung bekommen konnte, stockte der ganze Betrieb. Die Direktion verfügte nun ganz eigenmächtig, ohne Rücksprache mit den Arbeiterinnen, eine Verkürzung der Arbeitszeit um drei Tage wöchentlich. Eine entsprechende Entschädigung für den Verdienstausfall lehnte sie ab. Daher ist es zu der Massenlage gekommen.

Die Initiative eines Polizeileutnants bei einem Streik verdient besondere Erwähnung. In Berlin streikten in einer Galanteriewarenfabrik (Bilderrahmen) 25 Arbeiterinnen und 11 Arbeiter. Der Leutnant des Polizeireviers, in dem der Unternehmer wohnt, ließ diesen und den Vertreter der Organisation in sein Bureau kommen, um zu verhandeln. Es gelang ihm, einen Vergleich herbeizuführen. Jedenfalls ist dieser Polizeileutnant ein weißer Rabe unter seinesgleichen. Ein Polizeileutnant, wie er sein soll, hat darauf zu sehen, daß die Streikposten entfernt und arretiert und die Streikenden zur Käse gebracht werden — eventuell mit der blanken Waffe. Nicht unmöglich, daß in diesem Falle für den Beamten noch ein Küffel hintennach kommt. Wozu gäbe es „vorgesezte Behörden“? #

**Zur Tarifbewegung in der Holzindustrie.** Anfang Januar fand in Berlin eine Konferenz zwischen den Vorständen des Schuhverbandes, des Deutschen und des Christlichen Holzarbeiterverbandes und des Hirsch-Dunderschen Gewerbevereins statt, die von den Arbeitgebern berufen war. Hierbei versuchten die letzteren, die Vertreter der Arbeiterorganisationen, die diesmal gemeinsam vorgehen, zur Reduzierung der Arbeiterforderungen seitens der einzelnen Zahlstellen zu veranlassen. Die Vorstände der Arbeiterverbände mußten ein solches Ansinnen natürlich ablehnen. Es ist nun inzwischen an den einzelnen Orten weiter verhandelt worden. Der Schuhverband hatte versprochen, seine Mitglieder anzuweisen, auch dort zu verhandeln, wo diese dies bisher davon abhängig machten, daß die Arbeiterforderungen herabgesetzt oder zurückgezogen würden. Soweit bekannt geworden ist, haben diese örtlichen Verhandlungen die Parteien seither einander nur wenig näher gebracht. Vor allem verharren die Arbeitgeber bei ihrer Ablehnung einer jeden Arbeitszeitverkürzung. Inzwischen hat schon ein Unternehmer in Puffenhausen die Aussperrung trotz der gegenseitigen Abmachung der Zentralvorstände vorgenommen. Man darf wohl annehmen, daß der Kampfesmut dieses Fabrikanten durch Arbeitsmangel gestärkt ist. — Der Holzarbeiterverband hat in den letzten Wochen einen starken Zustrom neuer Mitglieder gehabt. Nicht nur die Mitgliederverluste der Krisenjahre sind dadurch ausgeglichen worden, sondern die Organisation hat mit 152000 den höchsten Mitgliederbestand bereits überschritten, den sie jemals gehabt hat.

**Der Verband der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter und -arbeiterinnen** konnte nach langem Bemühen in Halle a. S. einen Tarifvertrag abschließen, der sich auf die „Allgemeinen Bestimmungen“ stützt, welche die für ganz Deutschland geltende Grundlage aller örtlichen Tarife bilden. Anlaß dazu gab ein Streik in der Waisenhausdruckerei, der mit einem Erfolg endete. Anlegerinnen erhalten nun als Mindestlohn 11 Mk.; Lernende fangen mit 7,50 Mk. an und bekommen pro Vierteljahr 75 Pf. Zulage, bis sie den Mindestlohn erreicht haben; der Lohn von Arbeiterinnen, die mit 6 Mk. anfangen, steigt in einem Jahre bis auf 9 Mk. Arbeiter erhalten nach dem zweiten Jahre 20 Mk., nach dem fünften mindestens 21 Mk. Die erzielten Erfolge sind nicht gerade groß, bedeuten aber doch eine wesentliche Aufbesserung der bisherigen Löhne, die ganz erbärmlich waren. — In Nürnberg hatten einige Unternehmer eine eigenartige Vergütung der manchmal recht reichlichen Überstunden eingeführt. Sie gaben nämlich ihren Arbeiterinnen dafür pro Woche eine Maß Bier! Es ist dem Verband gelungen, dort Verkürzung der Arbeitszeit, Lohnerhöhungen von 50 Pf. bis 1 Mk. und die festgesetzten Zuschläge für Überstunden zu erlangen. In der neugegründeten Zahlstelle Schwabach versuchten die Arbeiterinnen Lohnerhöhungen zu bekommen; sie erreichten ohne Streik, daß ihnen Zulagen von je 50 Pf. gewährt wurden. Dieser erste Erfolg des Zusammenschlusses wird hoffentlich dazu beitragen, die Organisation zu stärken und zur Erringung größerer Vorteile fähig zu machen. In Hanau a. M. ist es gelungen, die Buchdruckereihilfsarbeiterinnen zu organisieren. Der Erfolg blieb nicht aus. Die Organisationsleitung kam mit den Unternehmern zu einem Tarifabschluß, der den Anlegerinnen, die Löhne bis herab zu 9 Mk. hatten, 13 Mk. Minimallohn sichert. Die wenigen, die diesen Lohn

bereits hatten, erhalten eine Zulage von 1 Mk.; vom 1. Januar 1911 ab erhöht sich der Mindestlohn um eine weitere Mark. Außerdem wurden die „Allgemeinen Bestimmungen“ über Obliegenheiten, Arbeitszeit usw. von den Unternehmern anerkannt. Das bedeutet für die Arbeiterinnen zahlreiche Verbesserungen in bezug auf Überstundenbezahlung, Arbeitsverhältnisse und Arbeitszeit. Eine glänzende gelungene Lohnbewegung fand in Stettin statt; die Unternehmer haben sie natürlich mit scheelen Blicken betrachtet, und ihr Organ hat sie mit Schimpfereien und Verdrehungen der Wahrheit bedacht. Die Verbandsorganisation ist in Stettin noch jung, wie überhaupt im ganzen Osten Preußens der Organisationsgedanke sehr schwer Fuß fassen kann. 1908 hatten die Stettiner Buchdruckerprinzipale mit dem Hilfspersonal einen sogenannten Tarif abgeschlossen, der einigen Hilfsarbeitern zwar ganz geringe Lohnerhöhungen gewährte, aber die Arbeiterinnen fast durchweg leer ausgehen ließ. Dieser Tarif konnte nur zustande kommen, weil die Unternehmer sich die gänzliche Unerfahrenheit des dortigen Hilfspersonals zunutze machten. Als er zur Kenntnis des Zentralvorstandes der Organisation kam, versagte dieser die Anerkennung: der ganze Tarif war ein grober Verstoß gegen die „Allgemeinen Bestimmungen“. Vor allem entsprach die festgesetzte Arbeitszeit nicht der allgemeinen Vereinbarung, auch fehlten Überstundenzuschläge und viele andere Verbesserungen. Die Prinzipale lehrten sich jedoch gar nicht an die Ablehnung, sondern behielten ihren Tarif bei, der für sie so bequem und vorteilhaft war. Die Herren erstaunten nicht wenig, als es zu einer Lohnbewegung unter dem Hilfspersonal kam; in ihrer Entrüstung saßelten sie von „Tarifbruch“ und wollten nur mit ihrem Personal verhandeln. Mit der Organisation wollten sie nichts zu tun haben, und den Berliner Heher (den Gauleiter) wollten sie schon gar nicht sehen. Aber ihre Entrüstung legte sich, als die Maschinen standen und das Hilfspersonal geschlossen in den Streik trat. Es kamen fast ausschließlich Frauen und Mädchen in Betracht, die für wahre Hungerlöhne beschäftigt waren. Verdienten doch die Buchdruckeranlegerinnen durchschnittlich nur 9 Mk., die Steindruckanlegerinnen gar nur bis zu 6,50 Mk. herunter, und Bogensängerinnen konnten mit 5 Mk. abgepeist werden. Die Stettiner Unternehmer hielten solche Löhne für tarifmäßig! Die Bewegung setzte nicht zu gleicher Zeit in ganz Stettin ein, sondern ging von einer Druckerei auf die andere über. Nach kaum zwei Wochen hatte der Streik in sechs Druckereien die Bewilligung der Forderungen durchgesetzt, die anderen Firmen anerkannten sie, ohne es erst zum Streik kommen zu lassen. Die Arbeitszeit wurde von  $9\frac{1}{2}$  auf 9 Stunden herabgesetzt, und die Löhne erfuhren die folgende Regelung: Bogensängerinnen 7,50 Mk., Steindruckanlegerinnen 11 Mk., Buchdruckeranlegerinnen 12 Mk. In einer Steindruckerei konnte die Verkürzung der Arbeitszeit nicht durchgeführt werden, weil dort das Buchbindereipersonal überwiegt und die Arbeiterinnen nicht organisiert waren. Die Lohnbewegung des Hilfspersonals hatte auch den Erfolg, daß circa 100 Buchbindereiarbeiterinnen für den Deutschen Buchbinderverband gewonnen wurden. Somit ist begründete Hoffnung vorhanden, daß mit organisiertem Personal demnächst nachgeholt werden kann, was diesmal versäumt werden mußte. Es darf nicht vergessen werden, zu unterstreichen, daß der „Volksbote“, das sozialdemokratische Parteiorgan, die geforderten Löhne schon vor der Bewegung zahlte. Nur hat er dem Hilfspersonal 1 Mk. Zulage über sie hinaus gewährt. Auf zwei Jahre ist der Tarif abgeschlossen worden, das bedeutet äußerlich zwei Jahre Ruhe. Für die Arbeiterinnen heißt es: Aufpassen und das Errungene festhalten! Vor allem aber die Organisation stärken, um die Grundsteine zu legen für weitere Erfolge! Wert.

## Notizenteil.

### Dienstbotenfrage.

Die Forderungen der Dienstmädchen an die Gesetzgebung. Im März 1907 richteten die Dienstbotenvereine Nürnberg, Fürth, München, Frankfurt a. M. usw. eine Petition an den Reichstag, in der die Aufhebung der Gesindeordnung und die Gleichstellung der Hausangestellten mit den gewerblichen Arbeitern wie andere nötige Reformen gefordert wurden. Die „Gleichheit“ hat die sechs einzelnen Forderungen der Petition seinerzeit veröffentlicht. Daß das Verlangen nach Regelung der Arbeitszeit, nach Sicherung des freien Sonntags usw. begründet war, wird unter anderem auch dadurch bewiesen, daß die Zahl der Dienenden stark zurückgeht. Von 1889 000 im Jahre 1895 ist sie auf 1 285 000 im Jahre 1907 gesunken. Die Abnahme beträgt also rund 75 000. Gewiß

erklärt sich das Zurückgehen auch noch aus anderen Gründen, aber unzweifelhaft trägt die unfreie Stellung der Dienstboten, ihre schlimme Lage am meisten dazu bei. Der Reichstag hat sich nicht dazu bequem, die Materie gründlich zu prüfen, und so war am Schlusse der letzten Session die Frage des gesetzlichen Schutzes und der besseren Rechtsstellung der Dienstboten noch nicht einen Schritt vom Fleck gekommen. Am 15. Juli 1909 ward der Vorsitzenden des Nürnberger Dienstbotenvereins vom Reichstag die lakonische Antwort, daß die anliegende Petition infolge des eingetretenen Sessionsschlusses nicht mehr zur Beratung und Beschlußfassung gelangen konnte, und daß sie deshalb ergebnislos zurückgeschickt werde. In ungefähr zwei Jahren hatte also die Volksvertretung im Reichsparlament keine Zeit für die Hausangestellten. Natürlich! Es war wichtiger, neue Steuern für den Lebensbedarf der Massen zu fabrizieren. Auch der bayerische Landtag hatte im Oktober 1907 die gleiche Petition erhalten. Im September 1908 erhielten die Dienstbotenvereine die Antwort, daß der Landtag eine Umfrage unter den Hausangestellten über Arbeitszeit, Lohn, Sonntagsausgang, Schlafräume usw. beschlossen habe. Im April 1909 wurden die Fragebogen ausgegeben, die Auskunft über 19 einzelne Punkte verlangten. Der bayerische Landtag hat somit schneller gearbeitet als der Reichstag. Im Reichstag haben seither unsere Genossen von der sozialdemokratischen Fraktion drei Hauptforderungen zugunsten der Hausangestellten formuliert. Sie lauten: 1. Aufhebung aller für Dienstboten geltenden Ausnahmengesetze (Gesindeordnungen und sonstige Sondergesetze). 2. Errichtung besonderer Gerichte in der Art der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte zur schnelleren und billigen Entscheidung von Streitigkeiten, die aus dem Dienstverhältnis entstehen. 3. Ausdehnung der Reichsrankenversicherung im Anschluß an die Ortsrenten auf alle Dienstboten. Abänderung des Gesehwurfs, der die Dienstboten minderen Rechts sein läßt.

Um diesen Forderungen mehr Nachdruck zu geben, ist eine planmäßige Agitation notwendig. Stark besuchte Dienstbotenversammlungen müssen sich in einer Resolution für die obenangeführten Forderungen aussprechen. Der stärkste Widerstand, dem die geforderten Reformen begegnen, kommt aus dem Landtag und Herrenhaus in Preußen. Die Herren, die hier obenauf sind, sind der Meinung, daß das Unrecht bis in alle Ewigkeit erhalten werden müsse, das vor 100 Jahren und noch länger zurück durch die Gesetzgebung geheiligt worden ist. Und der Reichstag wird bekanntlich von den reaktionären Preußenhäusern aus gelenkt. Solange sich aber der Reichstag nicht zu einem Vorwärts entschließt, sind auch die süddeutschen Landtage an durchgreifenden Beschlüssen zur Verbesserung der Lage der Hausangestellten gehemmt. In wichtigen Dingen können sie über das Reichsgesetz nicht fort. Daher muß eine kräftige, systematische Agitation für die Forderungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion entfaltet werden. Aus je mehr Orten eine Resolution für sie dem Reichstag zugeht, desto stärker ist der Rückhalt, den unsere Vertreter bei der Begründung ihres Antrags haben. Auf also zur Agitation für die Freiheit, das Recht der Dienenden!

Helene Grünberg.

Ländlich-Sittliches aus Pommern. Die pommerschen Junker können die Sittlichkeit auf dem Lande nicht genug rühmen, können nicht genug vor den Gefahren warnen, die jungen Mädchen in den Großstädten drohen. Wie die Sittlichkeit auf dem Lande aber in Wirklichkeit aussieht, das zeigte wieder einmal eine Gerichtsverhandlung vor dem Schöffengericht zu Kolberg. Ihr lag folgender Tatbestand zugrunde. In der Nacht vom 18. zum 17. April 1909 zechten verschiedene Stützen von Thron und Altar in einem Gasthof zu Nehmer bei Kolberg. Nachdem die Herren genügend Alkohol vertilgt hatten, überlam den Bauernhofbesitzer Müller und seinen Freund Pietzsch die Lust, dem Dienstmädchen auf einem Bauernhof in Nehmer einen nächtlichen Besuch abzustatten, weil sie wußten, daß die Schlafkammer des Mädchens unverschlüsselbar war. Müller ist verheiratet und Vater von zwei Kindern. Die „Heiligkeit der Ehe“ hielt ihn nicht im geringsten ab, mit seinem Freunde zusammen in der dritten Morgenstunde in die Schlafkammer des Dienstmädchens St. einzudringen. Während der Freund Wache stand, versuchte er das Mädchen im Bette zu vergewaltigen. Durch den Lärm erwachte der Hausherr und setzte dem verbrecherischen Vorhaben ein Ziel. Der Herr Staatsanwalt sah das versuchte Verbrechen mit sehr milden Augen an und stellte nur Strafantrag wegen „tätlicher Beleidigung“. Nach gewöhnlichem Pommernverständnis handelte es sich dabei mindestens um einen „Notzuchtversuch“. Auch das Schöffengericht war voll einsichtsvoller Milde und verurteilte Müller nur zu 50 Mk. Geldstrafe oder vier Tagen Gefängnis. Die bedrohte Ehre eines Dienstmädchens ist offenbar nach bürgerlichen Begriffen ein sehr billiges Ding. H. T.

### Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.

Die Arbeiterinnenausbildung nach allen Regeln der Kunst versteht die Färberei und Wäscherei Kelling in Radebeul. Die schwere Arbeit der Wäscherinnen wird mit 14 bis 16 Pf. pro Stunde entlohnt. Die Plätterinnen erhalten für ihre nicht minder schwere Arbeit 1,90 Mk. pro Tag. Für Überstunden wird nach Gutdünken des Unternehmers gezahlt, und 2 bis 5 Pf. pro Überstunde danken dem Herrn genug! Zu den lieblichen Gepflogenheiten der Firma gehört es auch, ganz junge Mädchen, sogenannte „Konfirmandenmädchen“, bei schwerer Arbeit zu beschäftigen, oft genug sogar über die gesetzlich zulässige Zeit hinaus. Meinen aber die Arbeiterinnen, sie müssen für die Firma bloß Waschen oder Plätten, so irren sie sich gewaltig. Es gibt da „so nebenher“ noch allerlei „keine Berrichtungen“, wie Kohlen- und Ascheschaufeln, den Garten Düngen, die Bäume mit Jauche begießen und dergleichen mehr. Für Vielseitigkeit der Arbeit ist somit vom Unternehmer reichlich gesorgt. Leider kann man von den Schutzvorrichtungen in der Fabrik nicht dasselbe sagen. Unter anderem fehlt an der Schleuder der Deckel, und es ist nicht das Verdienst des Kapitalisten, wenn bisher kein Unglück passiert ist. Auch der Mangel einer Garderobe soll sich fühlbar machen. Da unter solchen Umständen die Gefahr nahe liegt, daß die Arbeiterinnen denselben Weg betreten wie die in der Hauptfabrik des nämlichen Unternehmers, daß sie sich organisieren und sich gegen ihre Ausbeutung wehren, so hat der umsichtige Herr einen besonderen Spionagedienst eingerichtet. Mit dieser Judasarbeit werden Arbeiterinnen betraut, die sich als „Verstandmädchen“ etwas Besseres dünken wie ihre übrigen Arbeitschwestern. Trotz alledem ist es dem Fabrikarbeiterverband schon gelungen, in den Betrieb Einzug zu halten. Daß es für die Arbeiterinnen besser werde, ist in ihre eigene Hand gegeben, sie müssen sich bis zur letzten der Organisation anschließen. Solange sie unorganisiert bleiben, sind sie ihre eigenen Feinde.

Marie W a d r i g.

### Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

I. K. Die sozialistische Frauenkonferenz in New York, die am 19. Dezember stattgefunden und über die die „Gleichheit“ schon vorläufig berichtet hat, war von über 200 Personen besucht. Die Tagesordnung lautete: „Unsere Stellungnahme zur allgemeinen Frauenbewegung“. Zur Verlesung gelangte das folgende Schreiben, das der nationale amerikanische Frauenstimmrechtsverband gesandt hatte: „Der nationale Frauenstimmrechtsverband ersucht die sozialistischen Frauen nochmals um ihre Mitwirkung und bietet denselben die seine an, um gemeinsam das Frauenwahlrecht zu erringen. Einer günstigen Antwort entgegensehend, mit freudlichem Gruß: Ida Husted Harper, Vorsitzende des nationalen Pressbureaus. — Dr. Anna Howard Shaw, Vorsitzende.“

Die Genossinnen Carrie W. Allen und Meta L. Stern hielten die Eröffnungsreden, und zwar sprach letztere zugunsten eines gelegentlichen Zusammenwirkens mit den Frauenrechtlerinnen und erstere dagegen. Nach einer vierstündigen Diskussion wurde mit starker Majorität folgende Resolution angenommen:

„In Erwägung, daß die sozialistischen Frauen New Yorks eine zweifache Mission haben: nämlich erstens für die wirtschaftliche Befreiung der Arbeiterklasse und zweitens für die politische Befreiung des weiblichen Geschlechts zu wirken;

sowie in Erwägung, daß ihrer Ansicht nach heute zwei Klassen vorhanden sind, die die bestehende Gesellschaft in viel schärfere Lager trennen, als dies durch die zwei Geschlechter geschieht;

in fernerer Erwägung, daß diese ihre Überzeugung sie in fortwährende Konflikte mit der organisierten Stimmrechtsbewegung bringen und so ihre hauptsächlichste Arbeit hindern würde, der die bürgerlichen Frauenstimmrechtler naturgemäß gegnerisch gesinnt sein müssen, sei beschlossen:

daß die sozialistischen Frauen — trotzdem sie selbstredend mit jeder Körperschaft, die für das Frauenstimmrecht eintritt, sympathisieren — die Erweckung des Klassenbewußtseins als den wichtigsten Teil ihrer Propaganda unter ihren proletarischen Schwestern halten und aus diesem Grunde der Ansicht sind, daß das Wirken der sozialistischen Frauen für das Stimmrecht auf unabhängiger und separater Grundlage durch sie und von den wirtschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterklasse erfolgen muß.“

Einmütig und ohne jedwede Diskussion wurde ferner eine Resolution angenommen, in welcher die sozialistischen Frauen den streikenden Blumenmacherinnen ihre Sympathie aussprachen. Die Konferenz wählte ein aus zehn Genossinnen bestehendes Komitee, das sich zum Zwecke aktiver Unterstützung der Streikenden mit der gewerkschaftlichen Organisation, der „Women's Trade Union League“,

(Liga der Frauengewerkschaften) in Verbindung setzen soll. Das Komitee soll auch sonst das Zusammenarbeiten mit dieser Organisation anstreben, in der die sozialistische Auffassung noch nicht maßgebend ist.

Das Frauenkomitee der sozialistischen Partei von New York beabsichtigt, in regelmäßigen Zwischenräumen von drei bis vier Monaten ähnliche Frauenkonferenzen einzuberufen, um taktische Fragen zu entscheiden, Tagesfragen von allgemeinem Interesse zu erörtern und durch einen freien, anregenden Meinungsaustausch das erweckte Interesse der Frauen wachzuhalten.

Meta L. Stern.

I. K. Dem sozialen Schutz der Mütter und Kinder gilt eine Resolution, welche das Bureau der englischen Genossinnen zur Pflege internationaler Beziehungen beim Internationalen Sozialistischen Bureau zu Brüssel für den nächsten Internationalen Sozialistischen Kongreß zu Kopenhagen eingebracht hat. Die Resolution lautet: „Da dieser Internationale Sozialistische Kongreß national und international die Vergesellschaftlichung der Produktions- und Austauschmittel fordert, betont er nachdrücklich, daß es Pflicht der Gesellschaft ist, schwangeren Frauen, Wöchnerinnen, Säuglingen und Schulkindern den Unterhalt zu sichern.“

### Frauenstimmrecht.

Für die Einführung des Frauenstimmrechts in Frankreich traten bei den Debatten über die nötige Wahlrechtsreform die Sozialisten ein. Genosse Sembat begründete die Forderung, von der besonders die Bürgerlich-Radikalen jeder Couleur nichts wissen wollen.

Als sozialistischen Frauenstimmrechtstag in den Vereinigten Staaten hat das nationale Frauenkomitee der Sozialistischen Partei den letzten Sonntag im Februar bestimmt. Der Beschluß ist mit Zustimmung des Parteivorstandes gefaßt worden. Am Frauenstimmrechtstag sollen regelmäßig überall in den Vereinigten Staaten Versammlungen und Demonstrationen stattfinden, die der Agitation für das Frauenwahlrecht dienen.

### Die Frau in öffentlichen Ämtern.

Die erste Armenkommissionsvorsitzerin in Berlin ist gewählt worden, nicht ohne daß darüber sämtliche bürgerlichen Spießer aus dem Pöuschen gerieten. Verschiedene Armenkommissionsvorsitzer hatten sogar gedroht, deswegen ihr Amt niederzulegen. Ihnen mag ja in der Mehrzahl diese neue weibliche „Konkurrenz“ recht sehr wider den Strich gehen, denn solange man der Frau keine Gelegenheit gab, das Gegenteil zu beweisen, durfte sie lähn für „ungeeignet“ zu diesem Beruf erklärt werden. Wir sind überzeugt, die erste Armenkommissionsvorsitzerin wird nicht ermangeln, den Beweis für ihre „Eignung“ zu dem Amte zu erbringen. Das gerade um so mehr, als die Worte, die ihr das Oberhaupt der Berliner Armendirektion, Stadtrat Münsterberg, bei der Einführung in ihr Amt mit auf den Weg gab, nicht eben das waren, was man nach der bisherigen verständnisvollen Haltung dieses Herrn betreffs der Mitarbeit der Frauen in der Armenkommission hätte erwarten dürfen. Er meinte nämlich, in den Armenkommissionen werde das Vorurteil gegen die Frau hoffentlich bald schwinden, da gerade sie hier wie nirgends zur Mitarbeit berufen sei, doch werde wohl trotzdem die Wahrnehmung der Geschäfte eines Armenkommissionsvorsitzers besser von Männern erfolgen als wie von Frauen. Herr Münsterberg scheint das neue freisinnige Einigungsprogramm sofort in die Praxis umsetzen zu wollen, das sich ja ebenfalls damit begnügt, nur eine „veritäre Heranziehung der Frauen auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge“ zu verlangen. Er wird zweifellos bei seinen Fraktionskollegen für seine Äußerung den vollsten Beifall finden. Daß aber die Frauen, auch die sonst so zahmen Liberalen, nicht ganz so bescheiden sind, wie es „ihre“ Partei wohl wünschen mag, beweist auch die erfreuliche Zunahme der Armenpflegerinnen, deren Zahl von 28 im Jahre 1907 auf 72 im Jahre 1909 gestiegen ist.

m. w.

### Verschiedenes.

Wie ein frommer Diener Gottes die Interessen der Schnapsjunker und Steuerräuber verteidigt und dabei die Arbeiter beschimpft, wissen die Genossen und Genossinnen aus Gardelegen voller Empörung zu erzählen. Hier hatte der konservative Herr v. Kröcher in einer Versammlung den Versuch gemacht, den letzten Haubzug seiner Partei auf die Taschen des arbeitenden Volkes zu rechtfertigen. Sicherlich nicht nur ein schweres

Stück Arbeit für den adligen Herrn, sondern auch ein recht ausichtsloses Unternehmen, sintemalen der Magen der Arbeiterwähler Steuer- und Brotwuchergründe nur schlecht zu verdauen pflegt. Die ruhigen sachlichen Auseinandersetzungen einiger anwesenden Genossen über die Ausplünderung der enterbten Massen durch die Steuerreform trieben den adligen Herrn arg in die Klemme. Wenn aber die Not für die adligen Volksbedrückter am höchsten ist, ist bekanntlich die Hilfe Gottes oder seiner Stellvertreter am nächsten. Der Widerspruch „des Pöbels“ hatte nicht bloß das blaue Blut des Herrn v. Kröcher in Wallung gebracht, auch das gut bürgerliche des Pastors Albig aus Walbeck begann zu siedeln. Der „Arbeiter im Weinberg des Herrn“ ward zum Anwalt der Junkerinteressen. Jeder tut, was er nicht lassen kann, und die Vertreter der Kirche haben sich von jeher gern auf die Seite des Unrechts geschlagen, wenn dort die Macht war. Die Arbeiter könnten also dem Herrn Pastor für die offene und unzweideutige Bekundung seiner Gesinnung nur dankbar sein. Allein der fromme Diener Gottes begnügte sich nicht damit. Er wetterte gegen die „hohen Ansprüche“ der Arbeiter und machte für die Not der werktätigen Massen die Frauen verantwortlich, die nicht hauszuhalten verstanden. Mit dem Gehalt des Herrn Pastors könnten die Arbeiterfrauen allerdings leichter und besser auskommen als mit den Schunblöhen, die in der Altmark gezählt werden. Den Gipfel der Einsicht erreichte der fromme Herr aber, als er unter Hinweis auf eine anwesende Genossin behauptete, die Arbeiterfrauen wollten Hüte für 10 bis 15 M. tragen, „wie diese Dame“. Wir wissen nicht, ob der Herr Pfarrer als Sachverständiger in Puffachen den Preis der Hüte richtig geschätzt hat, die Arbeiterfrauen tragen. Aber das eine wissen wir: mögen sie kosten was sie wollen, sie sind von dem Ertrag eigener saurer Arbeit bezahlt. Kann der Herr Pfarrer das nämliche von den prächtigen Kleidern, Spigen, Hüten, Pelzen und Schmucksachen der Damen sagen, die dank ihrer Männer, Väter und Brüder Nutznieherinnen des Steuerraubzugs sind? Die Kosten einer einzigen Toilette jener Damen betragen nicht selten mehr als das Einkommen, mit dem eine kindersegnete Arbeiterfamilie ein ganzes Jahr haushalten muß. Und sie werden nicht von dem Ertrag eigener Arbeit, sondern von der Ausbeutung fremder Arbeitskraft bestritten. Jene Damen sind wie ihre männlichen Anverwandten Drohnen im Bienenkorb der Gesellschaft. Wenn der Herr Pfarrer sich vom Geiste getrieben sieht, gegen Verschwendung und Luxus zu predigen, so mag er seine Pfeile nach dieser Seite richten. Bei den Arbeitern sorgt schon die Not dafür, daß nichts Überflüssiges ausgegeben wird. Woher soll die Verschwendung, der Luxus kommen, wenn ein Mann vom 1. Januar 1909 bis 1. Januar 1910 genau 685,82 M. verdient? Dazu kommen noch zusammen 88 M. an Krankengeld von der Kasse und vom Verband. 110 M. beträgt allein die Miete der betreffenden Familie. Dabei muß gesagt werden, daß dieser Arbeiter noch lange nicht zu den schlechtestgestellten gehört. Wie wär's, wenn der Herr Pastor einmal das Leben mit solchem Hungereinkommen versuchte? Die anwesenden Arbeiter waren über die unerhörte Anmaßung des Pastors mit Recht so entrüstet, daß es nur dem besonnenen Eingreifen einiger Genossen zu verdanken ist, wenn es nicht zu handgreiflichen Auseinandersetzungen kam. Der Vorfall wird natürlich seine aufklärende Wirkung auf die Arbeiter und Arbeiterfrauen nicht verfehlen. Ganz besonders muß er den letzteren zu denken geben. Er zeigt deutlich, daß sie von den geschietelten Herren nicht auf Verständnis für ihre Lage, auf Mitgefühl mit ihren Leiden zu rechnen haben, dafür aber auf Beschimpfungen und Verdächtigungen.

M. J.  
**Topf und Dünkel gelahrter Philister.** Die Tatsachen beweisen, daß in der kapitalistischen Gesellschaft kein Kraut gewachsen ist gegen die Betätigung der Frau auf Berufsgebieten, die das „stärkere Geschlecht“ bisher als sein „gottergeschaffenes“ oder „naturgewolltes“ Arbeitsfeld zu betrachten pflegte. Sie zeigen auch, daß dies im allgemeinen der Kulturentwicklung förderlich ist. Trotzdem sind die Philister noch nicht alle geworden, welche die Nachtmühle so tief über die schlaftrunkenen Angeln gezogen haben, daß sie allen Tatsachen zum Trotz die Erweiterung des weiblichen Wirkungskreises als das größte Unglück, als den Anfang zum Ende der Kultur bejammern. Wie stark dabei der Egoismus im Spiele ist, brauchen wir nicht erst lang und breit zu beweisen. Die Spießer, die noch immer davon plappern, daß die Frau nur am häuslichen Herde schalten und walten dürfe, sitzen aber nicht bloß an den Stammtischen, sie machen sich auch in den sogenannten höheren Berufen breit und gerade da oft recht bemerkbar. Das begreift sich: die Furcht vor der Konkurrentin läßt kein unbefangenes Urteil zu. Wo sie anfängt, da hört nur zu oft alle Logik auf, die für gewöhnlich auch als ein ureigenes männliches Erbgut angesprochen wird. Dafür ein Beispiel.

Der Schleswig-Holsteinische Verein von Philologen an öffentlichen höheren Mädchenschulen hat eine Eingabe vorbereitet, die er an beide Häuser des preussischen Landtags richten wird. Darin fordert er: daß die in der Neuordnung des höheren Mädchenschulwesens verfügte Gleichstellung der Frauen und Männer im Schuldienst, insbesondere die gleiche Berechtigung zur Leitung öffentlicher höherer Mädchenschulen und der weitergehenden Bildungsanstalten für das weibliche Geschlecht zur Beratung gestellt und aufgehoben werde. Denn — o Menschheit verhülle dein Haupt — welche entsetzliche Folgen könnte die Neuerung zeitigen. Man höre und staune. Männer, sogar solche von akademischer Bildung, könnten Frauen unterstellt werden, wenn sie durchgeführt wird! Die Erde müßte in ihren Grundfesten beben, wenn ein Herr Doktor, der daheim dem Pantoffel so süßsam folgt, in der Schule auch noch unter weiblichem Regiment stände! Die hohen Häuser werden von den gelehrten Herren weiter gebeten, „gegebenenfalls dahin zu wirken, daß die Leitung der Mädchen-, Volks- und Mittelschulen in den Händen der Männer verbleibe“.

Höchst erbaulich ist die Begründung dieser Eingabe. Es heißt darin, daß die Unterstellung des Mannes unter die Frau dem Volksempfinden widerspreche und das Mannesgefühl im höchsten Grade beleidige. Die Einführung weiblicher Vorgesetzter würde mit Sicherheit zu ähnlichen Erfolgen der Frauen in anderen Berufen und damit zu einer großen Gefahr für das Staatswohl führen. Der Staat sei in erster Linie ein Produkt männlicher Initiative und Kraft und bedürfe zu einer gebundenen Fortentwicklung des spezifisch-männlichen Geistes. So wünschenswert die Mitarbeit der Frauen auf den verschiedensten Gebieten des Kulturlebens sei, so wenig könne ihre Herrschaft im öffentlichen Staatsleben geduldet werden. Wir haben zuerst über diese glänzende Offenbarung des „spezifisch-männlichen Geistes“ der Herren Philologen von Schleswig-Holstein herzlich gelacht. Doch konnte unsere Heiterkeit keine ungetrübte sein. Wir dachten der Jugend, deren Empfinden und Denken durch solch vorurteilsvolle und dünnhäutige Erzieher verfeucht wird. Und unsere Gedanken wanderten weiter zu den Volksschullehrern, von denen ein guter Teil der nämlichen Auffassung huldigt, wie die akademisch gebildeten Herren Kollegen. Wie viel Mißachtung weiblicher Arbeit und weiblichen Wesens wird da nicht in die Herzen der Jugend gepflanzt, die doch Fleisch vom Fleisch und Geist vom Geist auch ihrer Mütter ist, die doch sonst als die geborenen und berufenen Erzieherinnen gepriesen werden. Soll ihre Begabung dazu auf einmal dort versagen, wo es sich um die Leitung der erhabenen Aufgabe handelt, den jugendlichen Köpfen lateinische und französische Vokabeln, die Namen römischer Cäsaren und deutscher Duodezfürsten einzutrichtern? Welch verstaubte Perücke sitzt doch manchmal auf den Schultern gelehrter Herren! Wie notwendig ist es, daß die Frauen durch die häusliche Erziehung das Bewußtsein der Gleichwertigkeit von Mann und Frau in der Seele ihrer Kinder fest verankern.

R. F.

### ⊗ Zur Beachtung. ⊗

Zur Verfendung liegen bereit:

## Einbanddecken zur Gleichheit

Jahrgang 1908/1909

in einfacher, aber guter Ausstattung.

- Die Decke in 4° für das Hauptblatt und die Beilage für unsere Mütter und Hausfrauen.
- Die Decke in 8° für die Kinderbeilage.

Preis zusammen 1 Mark.

Bei Einzelbestellungen 30 Pfennig mehr für Porto. Titelblatt und Inhaltsverzeichnis werden den Decken gratis beigegeben.

Es empfiehlt sich, die Bestellungen bald an den Verlag gelangen zu lassen. Die organisierten Genossinnen sollten dafür sorgen, daß die Neuerung in den weitesten Leserkreisen bekannt wird.

Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

Expedition der Gleichheit.